



Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Digitalisierung

Pakt für Kommunalinvestitionen

FAQ

und

**Anleitung zur Nutzung des
Online-Dienstes**

„Pakt für Kommunalinvestitionen“

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Pakt für Kommunalinvestitionen (FAQ)	4
2.1. Grundlagen für den Pakt für Kommunalinvestitionen.....	4
2.2. Haushaltsrecht & Wirtschaftlichkeit	6
2.3. EU-Beihilferecht.....	6
2.4. Förderbereiche	8
3. Nutzung des Online-Dienstes „Pakt für Kommunalinvestitionen“	10
3.1. Datenerfassung	11
3.1.1. Auswahl der beabsichtigten Mitteilung	11
3.1.2. Referenzdaten zum Vorhaben.....	12
3.1.3. Angaben zum Vorhaben.....	13
3.1.4. Angaben zum Finanzierungsplan	15
3.1.5. Angaben zur antragsstellenden Kommune	16
3.1.6. Versicherungserklärung.....	17
3.2. Zusammenfassung	18
3.3. Übermittlung des Antrages	19
3.4. Supportkanäle bei Problemen mit der Antragstellung	19
4. Anlagen (NKomFöG und NKomFöGVO-MI)	19

1. Einleitung

Die kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung haben am 24. März 2025 den „Pakt für Kommunalinvestitionen“ geschlossen. Mit diesem wurde u. a. vereinbart, dass den Kommunen insgesamt zusätzlich 600 Mio. für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Die Abwicklung für diesen Teil des Paktes für Kommunalinvestitionen erfolgt auf Grundlage des Niedersächsischen Kommunalfördergesetzes (NKomFöG) und der Niedersächsischen Kommunalfördergesetzverordnung des MI (NKomFöGVO-MI).

Von den 600 Mio. Euro werden im Jahr 2025 bereits insgesamt 400 Mio. Euro kassenwirksam an die Kommunen ausgezahlt. Die weiteren Mittel in Höhe von 200 Mio. Euro stehen den Kommunen ab dem Jahr 2026 bis zum 31. Oktober 2028 als Budget zum Abruf zur Verfügung.

Der nachstehende FAQ-Leitfaden, wie auch die Anleitung zum Online-Dienst NAVO sollen dazu beitragen, die gesetzlichen Vorgaben für die Abwicklung des Paktes für Kommunalinvestitionen anhand von praktischen Fragestellungen bestmöglich darzustellen. Es soll den Kommunen als Hilfestellung zur rechtlichen und technischen Abwicklung dienen.

Er wird bedarfsgerecht um die aus der Praxis relevanten Beispiele ergänzt.

Haben Sie weitere Fragen, die über diesen FAQ Leitfaden hinausgehen?

Richten Sie Ihre Fragen bitte an das

Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung

Referat 33 – Kommunale Finanzen und Wirtschaft, Statistik

Schiffgraben 12

30159 Hannover

Pakt für Kommunalinvestitionen:

E-Mail: kommunalpakt@mi.niedersachsen.de

Web: [Pakt für Kommunalinvestitionen | Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung](#)

Als persönliche Ansprechpartner im MI für Fragen rund um den Pakt für Kommunalinvestitionen stehen Ihnen

Herr Ralph Clemens für die Regionen Braunschweig und Lüneburg (0511-120/6527),

Herr Julian Brümmer für die Regionen Leine-Weser und Weser-Ems (0511-120/4666) und

Herr Malte Sidortschuk für Grundsatzangelegenheiten (0511-120/4706) gerne zur Verfügung.

2. Pakt für Kommunalinvestitionen (FAQ)

2.1. Grundlagen für den Pakt für Kommunalinvestitionen

2.1.1. Wobei handelt es sich um Investitionen im Sinne des Paktes für Kommunalinvestitionen?

Antwort: § 3 Abs. 1 NKomFöGVO-MI sieht keine Einschränkungen in Bezug auf den Investitionsbegriff vor. Daher können auch Sanierungs-, Modernisierungs- und Erneuerungsmaßnahmen gem. § 47 Abs. 3 Satz 4 KomHKVO gefördert werden, vgl. hierzu auch Ziffer. 2.1.2.

2.1.2. Sind auch selbstverständige Bauabschnitte förderfähig?

Ja. Selbstständige Bauabschnitte sowie in sich abgeschlossene Einzelleistungen (Einzelgewerke) eines Gesamtvorhabens sind förderfähig, sofern diese innerhalb des Förderzeitraumes begonnen und abgeschlossen werden (vgl. § 3 Abs. 1 Satz 2 NKomFöGVO-MI).

2.1.3. Fallen Instandhaltungen unter den Investitionsbegriff?

Kosten für Instandhaltungen sind nicht förderfähig. Instandsetzungsaufwendungen hingegen, die im Rahmen der Maßnahmen zur Sanierung, Modernisierung oder Erneuerung anfallen, werden gem. § 47 Abs. 3 Satz 4 KomHKVO als Herstellungsaufwand gewertet und zählen somit als Investition im Sinne der NKomFöGVO-MI. Die Instandsetzungsaufwendungen müssen insgesamt dazu geeignet sein, zu einer nachhaltigen Erhöhung des Gebrauchswertes des Objektes beizutragen.

2.1.4. Was zählt zu den förderfähigen Begleit- und Folgemaßnahmen eines Investitionsvorhabens?

Investive Begleit- und Folgemaßnahmen werden gem. § 3 Abs. 2 NKomFöGVO-MI nur gefördert, wenn sie in Zusammenhang mit den Maßnahmen nach § 1 Satz 3 NKomFöGVO-MI stehen und unabdingbar für die Erreichung des Förderziels sind. Zudem müssen sie im Vergleich zur Hauptmaßnahme den geringeren Kostenanteil ausmachen. Zu den investiven Begleit- und Folgemaßnahmen gem. § 3 Abs. 2 NKomFöGVO-MI, die im Zusammenhang mit Investitionsmaßnahmen nach § 1 Satz 3 NKomFöGVO-MI stehen, gehören u. a. vorbereitende Planungs- und/oder Untersuchungsarbeiten sowie Abrissarbeiten oder der Erwerb von Grund und Boden.

2.1.5. Wie werden Maßnahmenbeginn und Maßnahmenende definiert?

Ein Vorhaben im Sinne der Verordnung ist begonnen, wenn bei Baumaßnahmen die ersten ausführenden Arbeiten erfolgt sind oder bei sonstigen Sachinvestitionen eine Auftragserteilung erfolgt ist. Wurde ein Vorhaben vor dem 01.01.2025 geplant, ist dies für die Förderung damit unschädlich. Nach Satz 2 hat eine Umsetzung der geförderten Vorhaben bis zum 31.12.2031 zu erfolgen. Ein Vorhaben ist abgeschlossen, wenn beispielsweise Baumaßnahmen abgenommen wurden oder bei sonstigen Investitionen die Lieferung beziehungsweise Übergabe erfolgt ist.

2.1.6. Können Vorhaben, die verschiedene Investitionsstandorte betreffen, zusammengefasst werden?

Grundsätzlich ist für jedes Investitionsvorhaben ein eigener Antrag zu stellen. Ausnahmsweise können gleichartige Vorhaben in einem Mittelabruf und Verwendungsnachweis zusammengefasst werden, wenn das Investitionsobjekt für mehrere Investitionsstandorte angeschafft wird. Die Entscheidung über die Zusammenfassung ist eine einzelfallbezogene Entscheidung und sollte in den Förderakten entsprechend begründet werden.

Beispiel: Erneuerung von Leuchtmitteln in mehreren Straßenzügen. Hier ist darauf zu achten, dass sämtliche Adressen und Bezeichnungen der Einrichtungen im Mittelabruf und Verwendungsnachweis aufgeführt werden. Da die Anschrift des Vorhabens bereits unter [3.1.2. Referenzdaten zum Vorhaben](#) anzugeben, sollten die weiteren innerhalb der Kurzbeschreibung unter [3.1.3. Angaben zum Vorhaben](#) verarbeitet werden.

2.1.7. Besteht ein Doppelförderungsverbot?

Bei dem Pakt für Kommunalinvestitionen handelt es sich um ein Förderprogramm des Landes. Die landesgesetzlichen Regelungen schließen eine Doppelförderung nicht aus. Soweit zu Förderprogrammen, die ergänzend in Anspruch genommen werden, nichts anderes bestimmt ist, dürfen kommunale Fördermittelempfänger diese neben der Unterstützung desselben Förderzwecks in Anspruch nehmen und die über die Verordnung zur Verfügung gestellten Mittel als Finanzierungsbeitrag des Landes bei der Kofinanzierung von Vorhaben mit einem vergleichbaren Förderzweck einsetzen, vgl. § 3 Abs. 1 NKomFöG. Insofern haben die Kommunen mit Hilfe des NKomFöG die Möglichkeit, die Fördermittel auf dem Pakt für Kommunalinvestitionen auch zur Kofinanzierung von anderen Förderprojekten einzusetzen. Zu beachten ist, dass die Fördermittel die tatsächlichen Ausgaben nicht übersteigen dürfen und auch die Förderquoten anderweitiger Förderprogramme beachtet werden.

Hinweis: Bei den Fördermitteln handelt es sich um Zuwendungen i. S. v. § 23 LHO. Eine Wertung als kommunale Eigenmittel ist unzulässig.

2.1.8. Was muss eine Kommune bei der Weiterleitung der Mittel an Dritte im Sinne von § 4 Abs. 5 Satz 1 NKomFöGVO-MI beachten?

Da die Kommunen auch in diesen Fällen Fördermittelempfänger bleiben, also ebenfalls für die zweckentsprechende Verwendung haften, kann sich eine Kommune nicht der im NKomFöG und in der NKomFöGVO-MI geregelten Pflichten erledigen und muss die Einhaltung dieser auch durch den Dritten sicherstellen. Als Letztempfänger kommen insbesondere Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden oder private Träger öffentlicher Aufgaben (bspw. Einrichtungen der Kinderbetreuung oder Hilfsorganisationen sowie Sport- und Kulturvereine) in Betracht. Erforderlich ist, dass die Sachinvestition der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung dient; dazu gehört auch die Förderung von Kunst, Kultur und Sport sowie Aufgaben der Daseinsvorsorge.

2.1.9. Bis wann müssen die Finanzmittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen abgerufen und zweckentsprechend werden?

Gemäß § 4 Abs. 4 Satz 2 NKomFöGVO-MI ist der letzte Antragsstichtag der 30. Oktober 2028. Mit Ablauf des Jahres 2028 werden folglich keine weiteren Auszahlungen mehr getätigt. Der letzte Antragsstichtag ergibt sich aus dem Erfordernis, dass die Mittel lediglich bis zum 31.12.2028 zur Verfügung stehen. Geförderte Vorhaben müssen bis zum 31.12.2031 abgeschlossen sein. Das bedeutet, dass die von einer Kommune im Jahr 2025 (Vorauszahlung) und bspw. im Jahr 2028 vereinbarten Mittel auch für Vorhaben genutzt werden können, die erst im Jahr 2030 umgesetzt werden.

Hinweis: Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 NKomFöGVO-MI haben die Fördermittelempfänger dem für Inneres zuständigen Ministerium bis zum 30. Juni 2026 auf Anforderung die voraussichtliche Verteilung der Mittel nach § 4 Abs. 1 Satz 1 NKomFöGVO-MI mitzuteilen.

2.2. Haushaltsrecht & Wirtschaftlichkeit

2.2.1. Wie werden die Fördermittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen veranschlagt und verbucht?

Die Fördermittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen werden auf dem Konto 6811 „Investitionszuwendungen vom Land“ veranschlagt und die Einzahlungen entsprechend dort verbucht. Die Fördermittel nach der NKomFöGVO-MI sollen, soweit wie möglich, auf Einzelmaßnahmen bezogen im Investitionschaushalt veranschlagt werden. Sofern die Mittel von der Kommune pauschal veranschlagt werden, sind diese bei der Abrechnung einer konkreten Maßnahme zuzuordnen.

2.2.2. Können die Fördermittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen auch für Maßnahmen der Sanierung, Modernisierung oder Erneuerung am kommunalen Vermögen verwendet werden?

Ja. Es gilt daher die Regelung des § 47 Abs. 3 S. 4 KomHKVO, nach der die Maßnahmen der Sanierung, Modernisierung oder Erneuerung am kommunalen Vermögen, für welche die Kommune eine Zuwendung für Investitionen erhält, zu aktivieren und im Finanzhaushalt abzubilden sind.

2.2.3. Sind bei den Investitionsmaßnahmen Wirtschaftlichkeitsvergleiche durchzuführen?

Ja. Ausnahmen von der Pflicht zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsvergleichen gemäß § 12 Abs. 1 KomHKVO sind für Maßnahmen nach dem Pakt für Kommunalinvestitionen nicht geregelt. Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsvergleiche sind in der jeweiligen Förderakte zu dokumentieren.

2.3. EU-Beihilferecht

Hinweis: Aufgrund der Besonderheit des EU-Beihilferechts und dessen mannigfaltigen Möglichkeiten, sollen die unteren Fragen und Antworten nur einen groben Überblick darstellen. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht. In jedem Fall ist zu überprüfen, ob das EU-Beihilferecht beachtet wird.

2.3.1. Ist das EU-Beihilferecht zu beachten?

Ja. Eine zentrale Notifizierung bei der EU gibt es nicht. Es ist in jedem Einzelfall von den Kommunen zu prüfen, ob die Fördermittel beihilferechtlich relevant sind und ggf. unter welchen Voraussetzungen eine beihilferechtskonforme Gewährung bzw. Verwendung möglich ist.

2.3.2. Was sind staatliche Beihilfen?

Bei „staatliche Beihilfen“ im Sinne des Europarechts handelt es sich um einen durch eine staatliche oder staatsnahe Stelle selektiv gewährten Vorteil an Unternehmen (ganz allgemein sind damit Organisationen gemeint, die Waren oder Dienstleistungen am Markt anbieten), der potenziell den Wettbewerb verfälschen und Auswirkungen auf den Handel in der EU haben könnte. Insgesamt ist der Begriff „staatliche Beihilfe“ weit auszulegen. Da staatliche Beihilfen den Wettbewerb verfälschen können und somit den Binnenmarkt stören, sind sie gemäß Art. 107 Abs. 1 AEUV grundsätzlich verboten. In Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV werden jedoch Ausnahmen genannt, in denen Beihilfen als mit dem Binnenmarkt vereinbar betrachtet werden oder betrachtet werden können.

2.3.3. Was können gewährte „Vorteile“ an Unternehmen umfassen?

Vorteile stellen insbesondere Zuschüsse, Darlehen, Steuervergünstigungen, kostenlose oder verbilligte Nutzung staatlicher Liegenschaften und Verkauf staatlicher Grundstücke oder Immobilien zu Preisen unter dem Marktpreis dar.

2.3.4. Welche Kriterien gelten für die Zuordnung der Fördermaßnahme als „staatliche Beihilfe“?

Zunächst muss immer überprüft werden, ob die geplante Fördermaßnahme unter die beihilferechtlichen Bestimmungen der EU zu subsumieren ist.

In Art. 107 Abs. 1 AEUV heißt es:

„Soweit in den Verträgen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen“

Es ist also zu prüfen, inwieweit die Fördermaßnahme den Begriff der staatlichen Beihilfe erfüllt. Dies tut sie dann, wenn folgende vier Kriterien erfüllt werden:

1) Die Unterstützung wird vom Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährt

(Hinweis: Dies trifft bezogen auf Finanzmittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen immer zu)

2) Sie begünstigt einige Unternehmen oder die Herstellung bestimmter Güter

(der Unternehmensbegriff ist dabei weit zu fassen, da das Beihilferecht hier nicht auf die Rechtsform achtet, sondern nur auf die Wirkung des Handelns)

3) Sie verfälscht den Wettbewerb oder droht ihn zu verfälschen

4) Sie hat Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten

Erst wenn alle vier Kriterien erfüllt werden, ist das EU-Beihilferecht zu beachten. Wenn alle Kriterien erfüllt werden, ist es rechtswidrig, die Beihilfe ohne vorherige Genehmigung durch die Europäische Kommission zu gewähren, es sei denn, es gilt eine sogenannte Freistellung.

2.3.5. Gibt es Maßnahmen, die regelmäßig eines der oben genannten Kriterien nicht erfüllen und somit keine Beihilfe im Sinne des Europarechts darstellen?

Ein Beispiel für Maßnahmen, die regelmäßig nicht alle vier Kriterien des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllen und daher grundsätzlich keine staatliche Beihilfe darstellen, kann sein:

Maßnahmen, die nur rein lokalen Charakter haben (keine Handels- und Wettbewerbsverzerrung). Hier wird das Tatbestandsmerkmal der Handelsbeeinträchtigung und Wettbewerbsverzerrung durch Fallpraxis eingegrenzt: Wird ein Vorhaben mit rein lokalen Auswirkungen staatlich gefördert, so wirkt sich dies unter Umständen nicht auf den Handel innerhalb der EU aus. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn der Beihilfeempfänger Güter bzw. Dienstleistungen nur in einem geografisch begrenzten Gebiet in einem einzigen Mitgliedstaat anbietet und somit wahrscheinlich keine Kunden aus anderen Mitgliedstaaten anzieht. Darüber hinaus darf die Maßnahme keine – oder höchstens marginale – vorhersehbaren Auswirkungen auf grenzüberschreitende Investitionen in dem Sektor bzw. auf die Gründung von Unternehmen im EU-Binnenmarkt haben.

2.3.6. Gibt es Fördermaßnahmen, die zwar den Beihilfebegriff erfüllen, jedoch nicht ohne vorherige Anmeldung bei der Europäischen Kommission gewährt werden können?

Die Europäische Kommission hat Gruppen von Beihilfen festgelegt, bei denen das Anmeldeverfahren (sog. Notifizierung) vermieden und eine Genehmigung quasi stillschweigend vorausgesetzt werden kann.

Im Einzelnen sind das für die gewerbliche Wirtschaft (d.h. ohne Agrarsektor):

Die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)

Die De-minimis-Verordnung

Die De-minimis-Verordnung im Bereich der Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI)

Der DAWI-Beschluss

2.4. Förderbereiche

Hinweis: Die Fragen sowie die dazugehörigen Antworten zu den jeweiligen Förderbereichen werden laufend ergänzt. Da die NKomFöGVO-MI keine Einschränkungen in Bezug auf den Investitionsbegriff vorsieht (siehe hierzu [2.1. Grundlagen für den Pakt für Kommunalinvestitionen](#) auf Seite 4.), wird zunächst von weiteren Erläuterungen abgesehen. kann an dieser Stelle vorerst nur zu allgemeinen, klarstellenden Fragestellungen ausgeführt werden.

Die Angabe des Investitionsbereiches hat danach zu erfolgen, wo der Schwerpunkt des Vorhabens liegt. Die Zuordnung des gewählten Investitionsbereiches sollte aus der Beschreibung zum Vorhaben abgeleitet werden können, s. hierzu [3.1.3. Angaben zum Vorhaben](#) auf Seite 13. Diese Angabe dient lediglich statistischen Zwecken:

2.4.1. frökhkindliche Bildungseinrichtungen

2.4.1.1. Was wird unter „frökhkindliche Bildungseinrichtungen“ verstanden?

Einrichtungen der frökhkindlichen Infrastruktur sind diejenigen Einrichtungen, die sich mit der Betreuung, Förderung, Erziehung und Bildung von Menschen in der Zeit vor der Einschulung beschäftigen. Hortplätze sind somit von der Förderfähigkeit nicht umfasst.

2.4.1.2. Welcher Förderbereich ist zu wählen, wenn für eine Investition mehrere Investitionsbereiche in Frage kommen und ein Schwerpunkt nicht eindeutig feststellbar ist?

Ist kein Schwerpunkt für die Zuordnung zu einem Investitionsbereich feststellbar, kann sich die Kommune bei der Begründung auf einen Förderbereich festlegen.

Beispiel: Ausbau eines Gebäudekomplexes, in dem sowohl ein Kindergarten als auch eine Schule untergebracht sind.

2.4.2. Schulen

2.4.3. Einrichtungen der Erwachsenenbildung

2.4.4. Krankenhäuser

2.4.5. Klimaschutzmaßnahmen

2.4.6. Klimafolgenanpassung

- 2.4.7. Maßnahmen im Rahmen der Lärminderungsplanung**
- 2.4.8. Katastrophens- und Bevölkerungsschutzmaßnahmen**
- 2.4.9. Hochwasserschutz**
- 2.4.10. Straßen einschließlich Tiefbau**
- 2.4.11. Brücken**
- 2.4.12. Öffentlicher Personennahverkehr**
- 2.4.13. Freizeitanlagen**
- 2.4.14. Sportanlagen einschließlich Schwimm- und Hallenbäder**
- 2.4.15. öffentliche Gebäude**
- 2.4.16. Kultureinrichtungen**
- 2.4.17. Sonstiges**

3. Nutzung des Online-Dienstes „Pakt für Kommunalinvestitionen“

Zur Nutzung des Online-Dienstes, ist eine Authentifizierung über das mUK („mein Unternehmenskonto“) erforderlich. Dafür muss das mUK in Ihrer Organisation registriert und eingerichtet werden. „Mein Unternehmenskonto“ ist das bundeseinheitliche Servicekonto für Organisationen und ermöglicht eine sichere, deutschlandweit gültige Online-Authentifizierung bei unterstützten Online-Diensten. Die Nutzung des mUK ist kostenfrei.

Antrag starten

Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich gemäß unserer [Datenschutzbestimmungen \(DSGVO\)](#).

Anmeldung über Mein Unternehmenskonto

 Mein Unternehmenskonto (Mein UK) ist die Anmeldung für Organisationen und Einzelunternehmer. In Mein UK werden Ihnen Informationen, Antworten und Bescheide zu Ihren Anträgen in Zukunft schnell und digital in Ihr Mein-UK-Postfach zugestellt. Nähere Informationen über Mein Unternehmenskonto finden Sie [hier](#).

Mein Unternehmenskonto

Detaillierte Informationen zur Einrichtung und Berechtigungsvergabe finden Sie im Merkblatt zur Einrichtung und Berechtigungsvergabe „mein Unternehmenskonto“ (mUK).

Weitere Informationen finden Sie unter <https://info.mein-unternehmenskonto.de>.

Für Rückfragen zum mUK steht Ihnen der Support unter support@meinuk.de zur Verfügung.

3.1. Datenerfassung

3.1.1. Auswahl der beabsichtigten Mitteilung

Über den Online-Dienst wird sowohl das Mittelabrufverfahren als auch das gesamte Verwendungsnachweisverfahren administriert. Im Rahmen dessen stehen Ihnen folgende Antragsarten zur Verfügung.

1.1 Pakt für Kommunalinvestitionen: Erster Antrag auf Mittelabruf, Folgeantrag zum Mittelabruf und Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung

Schritt 1
von 6

Welche Mitteilung möchten Sie uns senden?

- Erster Antrag auf Mittelabruf
- Folgeantrag zum Mittelabruf
- Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung

Weiter →

Erster Antrag auf Mittelabruf:

Für jedes Investitionsvorhaben muss ein „Erster Antrag auf Mittelabruf“ gestellt werden. Dies erfolgt unabhängig davon, ob Sie über die bereits in 2025 erhaltenen Fördermittel (Vorauszahlung) hinaus Mittel aus Ihrem ab 2026 zur Verfügung stehenden Budget abrufen möchten. Dieser Antrag geht immer einem möglichen Folgeantrag und der Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung voraus. Nach erfolgter Prüfung des Erstantrags erhalten Sie vom MI eine Vorhabennummer für jedes Investitionsvorhaben für das weitere Verfahren.

Folgeantrag zum Mittelabruf:

Der Folgeantrag steht Ihnen für Vorhaben zur Verfügung, für die Sie bereits einen „Ersten Antrag auf Mittelabruf“ gestellt haben und damit unabhängig davon, ob Ihr Erstantrag positiv oder negativ geprüft worden ist.

Mit dem Folgeantrag können Sie unter Angabe der jeweiligen Vorhabennummer weitere Fördermittel aus Ihrem zur Verfügung stehenden Budget abrufen. Auch sind beispielsweise Änderungen an den Finanzdaten oder der Vorhabenbeschreibung zu dem Vorhaben, aber auch der Verweis auf im Übrigen unveränderte und wiederkehrende Angaben des Erstantrages möglich.

Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung:

Sobald das Investitionsvorhaben baulich abgeschlossen und schlussgerechnet ist, kann eine Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung abgegeben werden. Auch hier haben Sie mithilfe der Vorhabennummer die Möglichkeit, auf unveränderte und wiederkehrende Angaben des vorangegangenen Erst- oder Folgeantrages zu verweisen. Die Abgabe des Verwendungsnachweises ist nach § 6 Absatz 4 NKomFöG innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Vorhabens abzugeben.

3.1.2. Referenzdaten zum Vorhaben

3.1.2.1. Erster Antrag auf Mittelabruf

Im Rahmen Ihres „Erst-Antrages zum Mittelabruf“ hinterlegen Sie zunächst die wesentlichen Angaben zu Ihrem Vorhaben. Darüber hinaus vergeben Sie Ihrem Vorhaben eine kurze und prägnante Überschrift. Dies ist für die spätere Zuordnung aller Anträge zu einem konkreten Vorhaben erforderlich.

3.1.2.2. Folgeantrag zum Mittelabruf & Abgabe einer Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung

Sofern Sie einen Folgeantrag zum Mittelabruf oder die Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung tätigen, müssen Sie an dieser Stelle die von Ihnen verwendete Überschrift und die Ihnen nach Prüfung des Erstantrags mitgeteilte Vorhabennummer angeben (s. Abbildung). Mit der Angabe der Vorhabennummer haben Sie die Möglichkeit, auf unveränderte und wiederkehrende Angaben von vorangegangenen Anträgen zu verweisen.



Für die richtige Zuordnung Ihrer Anträge ist es zwingend erforderlich, dass Sie die Vorhabennummer und die Überschrift des jeweiligen Vorhabens korrekt wiedergeben.

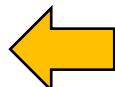
[← Zurück](#)

1.2 Referenzdaten zum Vorhaben

Schritt 2 von 6

Vorhabennummer, die Ihnen mit der Prüfung/Auszahlung des ersten Mittelabrufs mitgeteilt wurde.

Überschrift des Vorhabens, auf das sich dieser Folgeantrag bezieht.



Anschrift des Vorhabens

Postleitzahl

Ort

Straße

Hausnummer
(optional)

Adresszusatz (optional)

Weiter →

3.1.3. Angaben zum Vorhaben

3.1.3.1. Erster-Antrag auf Mittelabruf

Neben der Befüllung der allgemeinen Angaben zum Vorhaben hat

- die Beschreibung des Vorhabens möglichst alle und konkret beschriebenen Maßnahmen abzubilden, die mit den Fördermitteln gefördert werden,
- die Angabe des Investitionsbereiches danach zu erfolgen, wo der Schwerpunkt des Vorhabens liegt. Die Zuordnung des gewählten Investitionsbereiches sollte aus Ihrer Beschreibung zum Vorhaben abgeleitet werden können. Diese Angabe dient lediglich statistischen Zwecken.

Beispiele für eine gelungene Kurzbeschreibung:

- a. Die Mehrzweckhalle in XY wurde energetisch saniert. Folgende Maßnahmen wurden durchgeführt: Energetische Dachsanierung durch Anbringen einer Wärmedämmung, Dämmung der obersten Geschossdecke mit einer Einblasdämmung, Dämmung der Außenwände, Austausch aller Fenster und Türen, Fußbodenheizung im Sanitärbereich, Einbau einer Deckenstrahlungsheizung in der Halle, Erneuerung der Beleuchtung, Einbau von LED mit präsenz- und tageslichtabhängiger Steuerung.
- b. Umstellung der Beleuchtung von konventioneller Lichtröhrenbeleuchtung auf energiesparende LED-Beleuchtung in den Büroräumen des Rathauses der Samtgemeinde XY.

Beispiele für unzureichende Kurzbeschreibungen:

- a) Austausch der Beleuchtung in der Schule XY
Probleme: - zu knappe Darstellung
- b) Sanierung der Heizkesselanlage im Gebäude XY
Probleme: - zu knappe Darstellung
- was genau soll die energetische Sanierung darstellen?

3.1.3.2. Folgeantrag zum Mittelabruf & Abgabe einer Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung

Innerhalb eines Folgeantrages zum Mittelabruf oder der Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung können Sie auf bereits zuvor getätigte Angaben verweisen, sofern diese unverändert sind.

Innerhalb der Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung müssen Sie hier zudem spätestens das tatsächliche Abschlussdatum des Vorhabens angeben, s. Abbildung.

← Zurück

1.3 Angaben zum Vorhaben

Schritt 3 von 6

Ist die antragstellende Kommune selbst der Empfänger der Fördermittel? ⓘ

- Ja
- Nein

Wird das Vorhaben vom Fördermittelempfänger selbst durchgeführt?

- Die antragstellende Kommune ("selbst")
- Dritter

Gab es inhaltliche Änderungen am Vorhaben? ⓘ

- Ja
- Nein

Beginn des Vorhabens ⓘ

tt.mm.jjjj

Tatsächliches Abschlussdatum des Vorhabens ⓘ

tt.mm.jjjj

Weiter →

3.1.4. Angaben zum Finanzierungsplan

Hier sind die Finanzdaten zu Ihrem Vorhaben anzugeben. Sowohl in Ihrem ersten als auch in Ihrem Folgeantrag können Sie zunächst die voraussichtlichen Finanzdaten hinterlegen. Bei der Höhe der Beteiligung des Landes ist zu beachten, dass es nur zu einer weiteren Auszahlung kommt, wenn Sie mit Ihrem Erst- und/ oder Folgeantrag auf Mittelabruf einen Betrag aus Ihrem Restbudget ab 2026 abrufen möchten.

Bei der Angabe über die Höhe der Finanzierungsbeiträge Dritter sind die Mittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen nicht hinzuzurechnen.

Die Finanzdaten sind unabhängig vorangegangener Anträge anzugeben. Erst im Rahmen des Verwendungsnachweises werden alle aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen erhaltenen Fördermittel final dargestellt. Hierfür sind die Summen der in den Erst- und Folgeanträgen hinterlegten Beträge unter „Höhe der Beteiligung des Landes“ zu bilden und in der Erklärung über den Verwendungsnachweis für Ihr Vorhaben anzugeben. Dabei wird für jedes Vorhaben weiterhin zwischen den genutzten Mitteln aus der Vorauszahlung und dem genutzten Restbudget differenziert.

[← Zurück](#) **1.4 Angaben zum Finanzierungsplan** Schritt 4 von 6

(Voraussichtliche) Gesamthöhe des Investitionsvolumens
€

Höhe der Finanzierungsbeiträge Dritter ⓘ
€

Höhe der Beteiligung des Landes

Geben Sie die neue Gesamthöhe der Landesbeteiligung an, damit die Differenz ausgezahlt werden kann.

Betrag aus der Vorauszahlung aus dem Jahr 2025 (§ 4 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 NKomFöGVO-MI)
€

Betrag aus dem Restbudget ab 2026 (§ 4 Abs. 2 NKomFöGVO-MI)
€

Summe der vorstehenden Felder über die Höhe der Beteiligung des Landes.
0,00 €

Beachten Sie, dass es nur zu einer weiteren Auszahlung kommt, wenn ein Betrag aus dem Restbudget abgerufen wird.

Höhe des Eigenanteils
0,00 €

Höhe der förderfähigen Ausgaben ⓘ
0,00 €

Weiter →



Um Überzahlungen zu vermeiden wird empfohlen, Mittelabrufe erst dann zu beantragen, wenn die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für fällige Zahlungen benötigt werden. Sollte dem Mittelabruf eine fällige Abschlagsrechnung zu Grunde liegen, ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlichen Kosten mit Eingang der Schlussrechnung niedriger ausfallen können.

Spätestens mit Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung sind die Finanzdaten schlussgerechnet und centgenau anzugeben (vgl. [1.3.2 Folgeantrag zum Mittelabruf und Abgabe einer Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung auf Seite 14](#)).

3.1.5. Angaben zur antragsstellenden Kommune

An dieser Stelle müssen Sie u.a. im Rahmen Ihres Erstantrages auf Mittelabruf eine Bankverbindung (IBAN) angeben. Sollte sich die Bankverbindung seit dem letzten Mittelabruf geändert haben, können Sie diese im Folgeantrag zum Mittelabruf ändern (s. Abbildung). In der Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung entfällt die Angabe, da mit dieser Erklärung keine weiteren Mittel ausgezahlt werden können.

[← Zurück](#) **1.5 Angaben zur antragstellenden Kommune** Schritt 5 von 6

Name der Kommune ⓘ
Suche ▾

Regionalschlüssel der Kommune

Funktions-E-Mail-Adresse der Kommune ⓘ

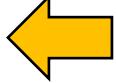
Angaben zur Ansprechperson

Familienname ⓘ Vorname ⓘ
dienstliche Telefonnummer ⓘ
dienstliche E-Mail-Adresse ⓘ

Hat sich Ihre Bankverbindung geändert?
 Ja
 Nein

Kassenzeichen ⓘ

Weiter →



3.1.6. Versicherungserklärung

Die Bestätigungen, dass die Fördervoraussetzungen erfüllt und die zweckentsprechende Verwendung der Mittel vorliegt, sind zwingend abzugeben.

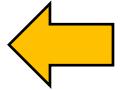
← Zurück

1.6 Versicherungserklärung

Schritt 6 von 6

- Es wird bestätigt, dass die Fördervoraussetzungen i. S. v. § 3 NKomFöGVO-MI erfüllt sind.
- Es wird bestätigt, dass die beantragten Mittel zweckentsprechend verwendet werden.

Zusammenfassung →



Anschließend können Sie Ihre Eingaben in einer Zusammenfassung einsehen und den Antrag auf Vollständigkeit überprüfen, siehe [3.2. Zusammenfassung](#).

3.2. Zusammenfassung

Sind die Angaben in Ihrem Erst- oder Folgeantrag auf Mittelabruf bzw. in Ihrer Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung vollständig, können Sie Ihren Antrag absenden.

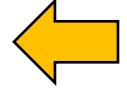
Andernfalls werden Sie über die Übersicht zu den unvollständigen Angaben navigiert und können diese überarbeiten.

2 Zusammenfassung

 Antrag vollständig ausgefüllt Alle Felder des Antrags sind vollständig ausgefüllt. Sie können den Antrag jetzt absenden.
 1.1 Pakt für Kommunalinvestitionen: Erster Antrag auf Mittelabruf, Folgeantrag zum Mittelabruf und Abgabe der Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung 
 1.2 Referenzdaten zum Vorhaben 
 1.3 Angaben zum Vorhaben 
 1.4 Angaben zum Finanzierungsplan 
 1.5 Angaben zur antragstellenden Kommune 
 1.6 Versicherungserklärung 

[Druckansicht der Zusammenfassung anzeigen](#)

[Absenden →](#)



Hinweis zur Druckansicht: Wenn Sie die Druckansicht Ihres Online-Vorgangs auswählen, sehen Sie grundsätzlich alle verfügbaren - auch nicht ausgefüllte - Felder des Online-Dienstes. Im Online-Dienst sind insgesamt drei „Formulare“ verfügbar. Leider lässt sich bei der Druckansicht die Darstellung nicht auf ein „Formular“ reduzieren.

3.3. Übermittlung des Antrages

Nach erfolgreicher Übermittlung Ihres Erst- oder Folgeantrages auf Mittelabruf bzw. Ihrer Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung haben Sie die Möglichkeit eine Druckversion als PDF-Dokument zu erzeugen.

Antrag erfolgreich übermittelt

Ihr Antrag wurde erfolgreich übermittelt und liegt der zuständigen Stelle vor. Über den Fortschritt der Bearbeitung werden Sie von der zuständigen Stelle informiert. Für diesbezügliche Rückfragen beziehen Sie sich bitte auf folgende Auftragsnummer: BCL-103320

Hinweis: Bitte beachten Sie, dass es sich bei dieser Auftragsnummer nicht um die Vorhabennummer handelt, die durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung vergeben wird und die Sie für die Einreichung von Folgeanträgen und für Erklärungen zur Verwendungsnachweisprüfungen benötigen. Diese Vorhabennummer erhalten Sie nach erfolgter Prüfung Ihres Erstantrages per E-Mail.

ⓘ Allgemeine Informationen

Auftragsnummer: BCL-103320

Eingereicht am: 20. Nov. 2025, 08:42:13

✉ Zuständige Stelle

Organisation

Abteilung

Straße

Ort

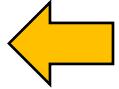
E-Mail: info@fdj.de



Druckversion Ihres Antrags

Drucken Sie den Antrag für Ihre Unterlagen aus.

Antrag drucken



Mit der Eingangsbestätigung eines Erstantrages auf Mittelabruf und unabhängig vom Prüfergebnis wird Ihrem Vorhaben eine Vorhabennummer zugeordnet. Die Bestätigung und die Vorhabennummer erhalten Sie an die hinterlegte Funktions-E-Mail-Adresse Ihrer Kommune sowie an die dienstliche E-Mail-Adresse der Ansprechperson.

Das Prüfergebnis Ihres Antrages bzw. Ihrer Erklärung zur Verwendungsnachweisprüfung wird an die hinterlegte Funktions-E-Mail-Adresse Ihrer Kommune sowie an die dienstliche E-Mail-Adresse der Ansprechperson verschickt.

3.4. Supportkanäle bei Problemen mit der Antragstellung

Bei fachlichen Problemen oder Rückfragen zum Online-Antrag können Sie sich an das Funktionspostfach kommunalpakt@mi.niedersachsen.de wenden.

Für alle technischen Anwenderfragen oder Störungsmeldungen ist der Service-Desk von IT.Niedersachsen die erste Anlaufstelle. Anfragen und Störungen sind an den zentralen Service Desk unter 0511/120-3999 oder servicedesk-kip3@it.niedersachsen.de zu richten. Nach der qualifizierten Annahme wird der 1st-Level-Support versuchen eine direkte Lösung herbeizuführen. Viele Themen können aber erst im 2nd- und 3rd-Level-Support von den einzelnen Anwendungsspezialisten gelöst werden.“

4. Anlagen (NKomFöG und NKomFöGVO-MI)



Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

79. Jahrgang

Hannover, den 19. November 2025

Nummer 83

G e s e t z zur vereinfachten Bereitstellung und Auszahlung von Fördermitteln an kommunale Fördermittelempfänger sowie zur Änderung stiftungsrechtlicher Vorschriften

Vom 18. November 2025

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Gesetz zur vereinfachten Bereitstellung und Auszahlung
von Fördermitteln an kommunale Fördermittelempfänger
(Niedersächsisches Kommunalfördergesetz – NKomFöG)**

§ 1

Zweck des Gesetzes

Zweck dieses Gesetzes ist die vereinfachte Bereitstellung und Auszahlung der im Haushaltsplan des Landes veranschlagten Zuwendungen und Billigkeitsleistungen (Förderungen) an ausschließlich kommunale Fördermittelempfänger.

§ 2

Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen

(1) Durch Verordnung nach § 8 können kommunalen Fördermittelempfängern die im Haushaltsplan des Landes veranschlagten Förderungen abweichend von § 44 der Niedersächsischen Landeshaushaltsoordnung (LHO) als pauschalierte Förderung, als budgetierte Förderung oder als projektbezogene Förderung gewährt werden.² Zuwendungen dürfen nur unter den Voraussetzungen des § 23 LHO gewährt werden.

(2) Kommunale Fördermittelempfänger im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Kommunen,
2. kommunale Anstalten, rechtsfähige kommunale Stiftungen, Zweckverbände, der Regionalverband „Großraum Braunschweig“ und gemeinsame kommunale Anstalten sowie
3. Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen eine Kommune allein oder zusammen mit anderen Kommunen, Zweckverbänden oder dem Regionalverband „Großraum Braunschweig“ über die Mehrheit der Anteile verfügt.

(3) Eine pauschalierte Förderung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Förderung, bei der Parameter, Beträge, prozentuale Werte oder Verteilungsschlüssel zur Ermittlung der Höhe der förderfähigen Ausgaben oder der Förderung festgelegt sind, anhand derer die Förderung für den jeweiligen Förderzweck auf die Empfänger verteilt wird.

(4) Eine budgetierte Förderung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Förderung, bei der je kommunalem Fördermittelempfänger eine maximal abrufbare Summe festgelegt ist, die der kommunale Fördermittelempfänger für einzelne Vorhaben im Rahmen des zugelassenen Förderzwecks oder der zugelassenen Förderzwecke verwenden kann.

(5) Eine projektbezogene Förderung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Förderung, die kommunalen Fördermittelempfängern für einzelne, abgegrenzte Vorhaben gewährt wird.

§ 3

Allgemeine Bestimmungen

(1) Soweit zu Förderprogrammen, die ergänzend in Anspruch genommen werden, nichts anderes bestimmt ist, dürfen kommunale Fördermittelempfänger

1. diese neben der Unterstützung desselben Förderzwecks nach diesem Gesetz in Anspruch nehmen und
2. die über dieses Gesetz zur Verfügung gestellten Mittel als Finanzierungsbeitrag des Landes bei der Kofinanzierung von Vorhaben mit einem vergleichbaren Förderzweck einsetzen.

(2) ¹Aus einer pauschalierten, budgetierten oder projektbezogenen Förderung von den kommunalen Fördermittelempfängern erworbene oder hergestellte materielle oder immaterielle Vermögensgegenstände sind für den Förderzweck zu verwenden. ²Diese Zweckbindung endet nach

1. 12 Jahren bei baulichen Anlagen, Grunderwerb und grundstücksgleichen Rechten,
2. 5 Jahren bei übrigen Wirtschaftsgütern mit einer Abschreibungsdauer nach den geltenden Abschreibungstabellen für die Absetzung für Abnutzung (AfA) von mindestens 5 Jahren,
3. 3 Jahren bei allen übrigen Wirtschaftsgütern.

³Durch Verordnung können kürzere Zweckbindungsfristen festgelegt werden (§ 8 Satz 3 Nr. 1).

(3) Ein Anspruch der kommunalen Fördermittelempfänger auf pauschalierte, budgetierte oder projektbezogene Förderung nach diesem Gesetz besteht nicht.

(4) Die von der zuständigen Stelle vorzunehmenden Prüfungen können stichprobenweise erfolgen.

(5) ¹Die kommunalen Fördermittelempfänger sind verpflichtet, bei der Bewertung des Erfolgs der Förderungen gemäß Absatz 4 mitzuwirken, auch wenn Vorhaben bereits beendet sind. ²Durch Verordnung kann der Umfang der Mitwirkungspflicht festgelegt werden (§ 8 Satz 3 Nr. 2).

(6) ¹Die Höhe der Förderungen sowie die Höhe von förderfähigen Ausgaben kann pauschal oder anhand tatsächlich bei der Durchführung von Vorhaben entstandener Ausgaben ermittelt werden. ²Im Fall pauschaler Ermittlung ist diese durch Verordnung festzulegen (§ 8 Satz 2 Nr. 7). ³Wird die pauschale Ermittlung im Einklang mit Vorschriften festgelegt, die bei Förderungen für eine ähnliche Art von Vorhaben gelten, bedarf dies keiner eigenen Herleitung, wenn in der Verordnung auf die der Festlegung zugrunde liegende Vorschrift hingewiesen wird.

§ 4

Form des Verfahrens

¹Das Verfahren ist elektronisch durchzuführen. ²Ist durch Verordnung kein bestimmter Onlinedienst vorgeschrieben (§ 8 Satz 3 Nr. 3), so genügt zur Wahrung der Form ein elektronisches Dokument, das mit einer einfachen elektronischen Signatur versehen ist.

§ 5

Verfahren bei pauschalierten Förderungen

(1) ¹Bei pauschalierten Förderungen im Sinne von § 2 Abs. 3 ist nur ein Antrag auf Auszahlung zu stellen.

²Der Antrag muss folgende Angaben enthalten:

1. Name des kommunalen Fördermittelempfängers, bei einer Kommune unter Angabe ihres amtlichen Gemeindeschlüssels,

2. Name und Träger des Vorhabens,
3. Höhe der Fördermittel, die in Anspruch genommen werden sollen.

³Durch Verordnung können ergänzende Antragsdaten vorgeschrieben oder es kann auf den Antrag verzichtet werden (§ 8 Satz 3 Nrn. 4 und 5). ⁴Durch Verordnung wird das Auszahlungsverfahren festgelegt (§ 8 Satz 2 Nr. 8).

(2) Der kommunale Fördermittelempfänger hat innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Vorhabens die Durchführung von Maßnahmen zur Erfüllung des jeweiligen Förderzwecks zu erklären.

(3) Die zuständige Stelle ist berechtigt, weitergehende Nachweise zu verlangen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die sich aus diesem Gesetz und den dazu erlassenen Verordnungen ergebenden Verpflichtungen von einem kommunalen Fördermittelempfänger nicht eingehalten werden oder wurden.

§ 6

Verfahren bei budgetierten und projektbezogenen Förderungen

(1) ¹Bei budgetierten Förderungen im Sinne von § 2 Abs. 4 ist nur ein Antrag auf Mittelabruf zu stellen. ²Bei projektbezogenen Förderungen im Sinne von § 2 Abs. 5 ist nur ein Förderantrag zu stellen.

(2) ¹Der Antrag nach Absatz 1 muss folgende Angaben enthalten:

1. Name des kommunalen Fördermittelempfängers, bei einer Kommune unter Angabe ihres amtlichen Gemeindeschlüssels,
2. Name und Träger des Vorhabens,
3. Beschreibung des Vorhabens,
4. in einer Verordnung nach § 8 enthaltener Fördergegenstand, dem das Vorhaben zuzuordnen ist,
5. Beginn und geplanter Abschluss des Vorhabens,
6. einen Finanzierungsplan.

²Durch Verordnung können ergänzende Antragsdaten vorgeschrieben oder es kann bei budgetierten Förderungen auf den Antrag verzichtet werden (§ 8 Satz 3 Nrn. 4 und 5).

(3) Der kommunale Fördermittelempfänger hat innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Vorhabens die zweckentsprechende Verwendung der Mittel durch die Beschreibung des Vorhabens, den jeweiligen Beginn und Abschluss sowie die im Zusammenhang mit dem Vorhaben vereinbarten Fördermittel und für das Vorhaben getätigten Ausgaben im Sinne des Finanzierungsplans nach Absatz 2 Nr. 6 zu erklären.

(4) Die zuständige Stelle ist berechtigt, weitergehende Nachweise zu verlangen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die sich aus diesem Gesetz und den dazu erlassenen Verordnungen ergebenden Verpflichtungen von einem kommunalen Fördermittelempfänger nicht eingehalten werden oder wurden.

(5) ¹Im Regelauszahlungsverfahren werden ab einer beantragten Gesamtfördersumme in Höhe von 100 000 Euro ausgezahlt

1. mit der Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen der Förderung 40 Prozent der Gesamtfördersumme ohne eine Verwendungsfrist,
2. mit Eingang der Erklärung nach Absatz 3 weitere 50 Prozent der Gesamtfördersumme und
3. nach Abschluss der Prüfung gemäß Absatz 4, sofern sich ein Auszahlungsbetrag ergibt, der noch offene Restbetrag.

²Im Regelauszahlungsverfahren wird bei einer beantragten Gesamtfördersumme von weniger als 100 000 Euro diese als Einmalzahlung mit der Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen der Förderung ausgezahlt. ³Durch Verordnung können ergänzende Auszahlungsvorgaben oder ein von den Sätzen 1 und 2 abweichendes besonderes Auszahlungsverfahren vorgeschrieben werden (§ 8 Satz 3 Nr. 6).

§ 7

Auszahlung als Verwaltungsakt; Einschränkung der Erstattung und Verzinsung

(1) ¹Eine Auszahlung aufgrund dieses Gesetzes gilt als dem kommunalen Fördermittelempfänger bekanntgegebener Verwaltungsakt. ²Lehnt die zuständige Stelle die Auszahlung ab, hat sie dies dem Antragsteller bekanntzugeben.

(2) ¹Soweit ein Verwaltungsakt nach Absatz 1 Satz 1 mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen worden oder infolge Eintritts einer auflösenden Bedingung unwirksam geworden ist, sind bereits erbrachte Leistungen nur dann zu erstatten, wenn der zurückzufordernde Betrag 2 500 Euro übersteigt. ²Von der Geltendmachung eines Zinsanspruchs ist abzusehen, wenn die Zinsen 1 500 Euro nicht übersteigen.

§ 8

Verordnungsermächtigung

¹Das für die Bewirtschaftung der im Haushaltsplan des Landes veranschlagten Förderung zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der Zentralen Stelle Förderwesen und dem Finanzministerium durch Verordnung nähere Bestimmungen zur Bereitstellung und Auszahlung von Fördermitteln als pauschalierte, budgetierte oder projektbezogene Förderung zu regeln. ²In der Verordnung nach Satz 1 sind Regelungen zu treffen über

1. den Zweck oder die Zwecke der Förderung,
2. den Gegenstand oder die Gegenstände der Förderung,
3. den oder die Empfänger der Förderungen,
4. die nähere Ausgestaltung der Förderungen als pauschalierte, budgetierte oder projektbezogene Förderungen und ihre jeweiligen Voraussetzungen sowie die Vorhabenauswahl,
5. den Zeitraum der Förderungen,
6. die zuständige Stelle,
7. Art, Umfang und Höhe der Förderungen einschließlich der Festlegung der Ermittlung nach § 3 Abs. 6,
8. das Auszahlungsverfahren bei pauschalierten Förderungen,

³In der Verordnung nach Satz 1 können Regelungen getroffen werden über

1. gegenüber § 3 Abs. 2 Satz 2 kürzere Zweckbindungsfristen,
2. den Umfang der Mitwirkungspflicht der kommunalen Fördermittelempfänger nach § 3 Abs. 5,
3. die verpflichtende Nutzung eines bestimmten Onlinedienstes,
4. § 5 Abs. 1 Satz 2 oder § 6 Abs. 2 Satz 1 ergänzende Antragsdaten,
5. den Verzicht auf einen Antrag gemäß § 5 Abs. 1 oder § 6 Abs. 1 Satz 1,
6. ergänzende Auszahlungsvorgaben oder ein besonderes Auszahlungsverfahren bei budgetierten und projektbezogenen Förderungen,
7. weitere am Förderverfahren beteiligte Stellen,
8. fachlich-inhaltliche Anforderungen an die Umsetzung der Fördervorhaben,
9. die Weiterleitung der Mittel durch Kommunen an Dritte,
10. die Umverteilung nicht abgerufener Fördermittel auf andere kommunale Fördermittelempfänger.

§ 9

Evaluation

Das für Inneres zuständige Ministerium evaluiert dieses Gesetz bis zum 31. Dezember 2028.

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes

§ 15 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes vom 11. Oktober 2023 (Nds. GVBl. S. 250) wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Angabe „1. Januar 2026“ durch die Angabe „1. Januar 2028“ und die Angabe „31. Dezember 2025“ durch die Angabe „31. Dezember 2027“ ersetzt.
2. In Satz 2 wird die Angabe „1. Januar 2026“ durch die Angabe „1. Januar 2028“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Anpassung

niedersächsischer Rechtsvorschriften aus Anlass der Vereinheitlichung des Stiftungsrechts

In Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Anpassung niedersächsischer Rechtsvorschriften aus Anlass der Vereinheitlichung des Stiftungsrechts vom 11. Oktober 2023 (Nds. GVBl. S. 250) wird die Angabe „31. Dezember 2026“ durch die Angabe „31. Dezember 2028“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die Artikel 2 und 3 am 1. Januar 2026 in Kraft.

Hannover, den 18. November 2025

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages

Hanna N a b e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Olaf L i e s



Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

79. Jahrgang

Hannover, den 20. November 2025

Nummer 90

Verordnung
des Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung über das Verfahren zur Abwicklung
von Förderprogrammen nach dem Gesetz zur vereinfachten Bereitstellung
und Auszahlung von Fördermitteln an kommunale Fördermittelempfänger
(Niedersächsische Kommunalfördergesetzverordnung des MI – NKomFöGVO-MI)

Vom 20. November 2025

Aufgrund des § 8 Satz 1 in Verbindung mit den Sätzen 2 und 3 Nrn. 3 bis 7 und 9 des Niedersächsischen Kommunalfördergesetzes vom 18. November 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 83) wird im Einvernehmen mit der Zentralen Stelle Förderwesen und dem Finanzministerium verordnet:

§ 1

Fördermittelempfänger, Art und Zweck der Förderung

¹Das Land Niedersachsen stellt den Kommunen, mit Ausnahme der Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden (Fördermittelempfänger), 600 000 000 Euro zur Verfügung. ²Die Fördermittel werden als Budget im Sinne von § 2 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalfördergesetzes (NKomFöG) zugewiesen. ³Sie dürfen nur für Investitionsvorhaben verwendet werden, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen.

§ 2

Höhe und Umfang der Förderung

¹Das Gesamtbudget der einzelnen Fördermittelempfänger ergibt sich aus Spalte 3 der **Anlage**. ²Eine Förderung ist auch ohne die Erbringung eines Eigenanteils durch den jeweiligen Fördermittelempfänger möglich.

§ 3

Gegenstand und Zeitraum der Förderung

(1) ¹Die Fördermittelempfänger dürfen das ihnen zugewiesene Gesamtbudget nur für Investitionsvorhaben verwenden, die nach dem 31. Dezember 2024 begonnen wurden. ²Geförderte Investitionsvorhaben oder selbständig geförderte Abschnitte von Investitionsvorhaben müssen bis zum 31. Dezember 2031 abgeschlossen sein.

(2) Förderfähig sind auch Begleit- und Folgemaßnahmen, wenn sie im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Investition nach Absatz 1 stehen.

§ 4

Verfahren zur Beantragung und Gewährung von Fördermitteln

(1) ¹Zwei Drittel des jeweiligen Gesamtbudgets (Spalte 4 der Anlage) werden bis zum 31. Dezember 2025 ohne Antrag auf Mittelabruf durch das Landesamt für Statistik Niedersachsen an die Kommunen ausgezahlt (Vorauszahlung). ²Die Fördermittelempfänger haben dem für Inneres zuständigen Ministerium bis zum 30. Juni 2026 auf Anforderung die voraussichtliche Verteilung der Mittel nach Satz 1 auf die nachfolgenden Investitionsbereiche mitzuteilen:

1. frühkindliche Bildungseinrichtungen,
2. Schulen,
3. Einrichtungen der Erwachsenenbildung,
4. Krankenhäuser,
5. Klimaschutzmaßnahmen,
6. Klimafolgenanpassung,
7. Maßnahmen im Rahmen der Lärmminderungsplanung,
8. Katastrophens- und Bevölkerungsschutzmaßnahmen,
9. Hochwasserschutz,
10. Straßen einschließlich Tiefbau,
11. Brücken,
12. Öffentlicher Personennahverkehr,
13. Freizeitanlagen,
14. Sportanlagen einschließlich Schwimm- und Hallenbäder,
15. öffentliche Gebäude,
16. Kultureinrichtungen,
17. Sonstiges.

(2) ¹Das einem Fördermittelempfänger zustehende Restbudget (Spalte 5 der Anlage) kann von diesem vorhabenbezogen unter Angabe der tatsächlich entstandenen Kosten ganz oder teilweise bis zur maximalen Höhe seines jeweiligen Restbudgets bei dem für Inneres zuständigen Ministerium ab dem 1. Januar 2026 ausschließlich über den Online-Basis-Dienst „Pakt für Kommunalinvestitionen“ durch Antrag abgerufen werden. ²In jedem Antrag auf Abruf ist auch anzugeben, in welcher Höhe Mittel aus der Vorauszahlung für das jeweilige Investitionsvorhaben Verwendung finden und welchem der in Absatz 1 Satz 2 genannten Investitionsbereiche das Vorhaben schwerpunktmäßig zuzuordnen ist. ³Ferner hat der Fördermittelempfänger zu erklären, dass die Fördervoraussetzungen gemäß § 3 vorliegen.

(3) ¹Für die Erklärung über die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel gemäß § 6 Abs. 3 NKomFöG gilt Absatz 2 Satz 2 entsprechend. ²Für die Erklärung ist der Online-Basis-Dienst „Pakt für Kommunalinvestitionen“ zu nutzen.

(4) ¹Eine Auszahlung aus dem Restbudget erfolgt innerhalb von sechs Wochen nach Ende eines Quartals für die bis zum Ende des Quartals eingereichten Anträge. ²Abweichend davon ist der letzte Antragsstichtag der 30. Oktober 2028.

(5) ¹Die Weiterleitung der Mittel an Dritte ist zulässig, sofern die Weiterleitung einem Investitionsvorhaben zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben des Fördermittelempfängers dient. ²Der Fördermittelempfänger ist zur Einhaltung der Voraussetzungen nach dieser Verordnung auch dann verpflichtet, wenn er sich zur Umsetzung eines Investitionsvorhabens im Sinne des Satzes 1 eines Dritten bedient.

(6) Zuständige Stelle ist, soweit sich aus dieser Verordnung nichts anderes ergibt, das für Inneres zuständige Ministerium.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 20. November 2025

**Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Digitalisierung**

Behrens

Ministerin

Anlage
(zu § 2 Satz 1 und § 4 Abs. 1 und 2)

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
033610001001	Achim, Stadt	1 236 557,46 Euro	824 372,00 Euro	412 185,46 Euro
031590001001	Adelebsen, Flecken	236 140,33 Euro	157 427,00 Euro	78 713,33 Euro
033550001001	Adendorf	407 223,40 Euro	271 482,00 Euro	135 741,40 Euro
032520001001	Aerzen, Flecken	399 557,66 Euro	266 372,00 Euro	133 185,66 Euro
033585401	Ahlden, Samtgemeinde	267 679,01 Euro	178 453,00 Euro	89 226,01 Euro
032540002002	Alfeld (Leine), Stadt	689 751,60 Euro	459 834,00 Euro	229 917,60 Euro
032540003003	Algermissen	290 968,14 Euro	193 979,00 Euro	96 989,14 Euro
032515401	Altes Amt Lemförde, Samtgemeinde	333 853,13 Euro	222 569,00 Euro	111 284,13 Euro
033555401	Amelinghausen, Samtgemeinde	303 520,15 Euro	202 347,00 Euro	101 173,15 Euro
03451	Ammerland, Landkreis	4 686 356,72 Euro	3 124 238,00 Euro	1 562 118,72 Euro
033550049049	Amt Neuhaus	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034510001001	Apen	453 027,46 Euro	302 018,00 Euro	151 009,46 Euro
033595401	Apensen, Samtgemeinde	370 252,70 Euro	246 835,00 Euro	123 417,70 Euro
034595401	Artland, Samtgemeinde	892 868,33 Euro	595 246,00 Euro	297 622,33 Euro
033605408	Aue, Samtgemeinde	474 298,62 Euro	316 199,00 Euro	158 099,62 Euro
032570003003	Auetal	230 822,54 Euro	153 882,00 Euro	76 940,54 Euro
034520001001	Aurich (Ostfries- land), Stadt	1 607 013,23 Euro	1 071 342,00 Euro	535 671,23 Euro
03452	Aurich, Landkreis	6 960 663,46 Euro	4 640 442,00 Euro	2 320 221,46 Euro
034560001001	Bad Bentheim, Stadt	631 319,37 Euro	420 880,00 Euro	210 439,37 Euro
034590003003	Bad Essen	617 599,73 Euro	411 733,00 Euro	205 866,73 Euro
033580008008	Bad Fallingbostel, Stadt	490 950,03 Euro	327 300,00 Euro	163 650,03 Euro
031550001001	Bad Gandersheim, Stadt	343 511,45 Euro	229 008,00 Euro	114 503,45 Euro
031590002002	Bad Grund (Harz)	299 331,91 Euro	199 555,00 Euro	99 776,91 Euro
031530002002	Bad Harzburg, Stadt	748 056,92 Euro	498 705,00 Euro	249 351,92 Euro
034590004004	Bad Iburg, Stadt	406 944,18 Euro	271 296,00 Euro	135 648,18 Euro
034590005005	Bad Laer	341 442,72 Euro	227 628,00 Euro	113 814,72 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
031590003003	Bad Lauterberg im Harz, Stadt	395 788,25 Euro	263 859,00 Euro	131 929,25 Euro
032520002002	Bad Münder am Deister, Stadt	661 665,04 Euro	441 110,00 Euro	220 555,04 Euro
032520003003	Bad Pyrmont, Stadt	755 938,41 Euro	503 959,00 Euro	251 979,41 Euro
034590006006	Bad Rothenfelde	323 560,22 Euro	215 707,00 Euro	107 853,22 Euro
031590004004	Bad Sachsa, Stadt	270 940,76 Euro	180 627,00 Euro	90 313,76 Euro
032540005005	Bad Salzdetfurth, Stadt	503 375,13 Euro	335 583,00 Euro	167 792,13 Euro
034510002002	Bad Zwischenahn	1 129 858,99 Euro	753 239,00 Euro	376 619,99 Euro
031585402	Baddeckenstedt, Samtgemeinde	377 816,91 Euro	251 878,00 Euro	125 938,91 Euro
034600001001	Bakum	258 376,05 Euro	172 251,00 Euro	86 125,05 Euro
034520002002	Baltrum	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
033555402	Bardowick, Samtgemeinde	666 259,41 Euro	444 173,00 Euro	222 086,41 Euro
032515402	Barnstorf, Samtgemeinde	473 460,97 Euro	315 641,00 Euro	157 819,97 Euro
032410002002	Barsinghausen, Stadt	1 287 882,38 Euro	858 588,00 Euro	429 294,38 Euro
034530001001	Barßel	518 617,77 Euro	345 745,00 Euro	172 872,77 Euro
032510007007	Bassum, Stadt	624 948,18 Euro	416 632,00 Euro	208 316,18 Euro
034590008008	Belm	527 565,36 Euro	351 710,00 Euro	175 855,36 Euro
033510004004	Bergen, Stadt	492 714,17 Euro	328 476,00 Euro	164 238,17 Euro
034610001001	Berne	267 475,94 Euro	178 317,00 Euro	89 158,94 Euro
034595402	Bersenbrück, Samtgemeinde	1 139 123,88 Euro	759 416,00 Euro	379 707,88 Euro
033605407	Bevensen-Ebstorf, Samtgemeinde	998 538,78 Euro	665 693,00 Euro	332 845,78 Euro
032555401	Bevern, Samtgemeinde	217 280,58 Euro	144 854,00 Euro	72 426,58 Euro
033520059059	Beverstedt	511 256,63 Euro	340 838,00 Euro	170 418,63 Euro
033600004004	Bienenbüttel	251 674,87 Euro	167 783,00 Euro	83 891,87 Euro
033580002002	Bispingen	250 456,48 Euro	166 971,00 Euro	83 485,48 Euro
034590012012	Bissendorf	552 110,96 Euro	368 074,00 Euro	184 036,96 Euro
033550009009	Bleckede, Stadt	349 108,46 Euro	232 739,00 Euro	116 369,46 Euro
032540008008	Bockenem, Stadt	364 909,53 Euro	243 273,00 Euro	121 636,53 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
034550025025	Bockhorn	341 950,38 Euro	227 967,00 Euro	113 983,38 Euro
031550002002	Bodenfelde, Flecken	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
032555408	Bodenwerder-Polle, Samtgemeinde	509 048,28 Euro	339 366,00 Euro	169 682,28 Euro
032555403	Boffzen, Samtgemeinde	239 719,36 Euro	159 813,00 Euro	79 906,36 Euro
034590013013	Bohmte	495 379,41 Euro	330 253,00 Euro	165 126,41 Euro
031515401	Boldecker Land, Samtgemeinde	403 009,78 Euro	268 673,00 Euro	134 336,78 Euro
033525404	Börde Lamstedt, Samtgemeinde	229 743,75 Euro	153 163,00 Euro	76 580,75 Euro
034570002002	Borkum, Stadt	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034530002002	Bösel	330 502,54 Euro	220 335,00 Euro	110 167,54 Euro
033575401	Bothel, Samtgemeinde	318 458,19 Euro	212 305,00 Euro	106 153,19 Euro
031590007007	Bovenden, Flecken	535 675,31 Euro	357 117,00 Euro	178 558,31 Euro
034610002002	Brake (Unterweser), Stadt	576 758,09 Euro	384 505,00 Euro	192 253,09 Euro
034590014014	Bramsche, Stadt	1 109 374,72 Euro	739 583,00 Euro	369 791,72 Euro
031530016016	Braunlage, Stadt	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
031010000000	Braunschweig, Stadt	18 945 406,42 Euro	12 630 271,00 Euro	6 315 135,42 Euro
033570008008	Bremervörde, Stadt	702 849,36 Euro	468 566,00 Euro	234 283,36 Euro
031515402	Brome, Samtgemeinde	615 340,62 Euro	410 227,00 Euro	205 113,62 Euro
034525401	Brookmerland, Samtgemeinde	491 000,80 Euro	327 334,00 Euro	163 666,80 Euro
032515403	Bruchhausen-Vil- sen, Samtgemeinde	659 469,39 Euro	439 646,00 Euro	219 823,39 Euro
033530005005	Buchholz in der Nordheide, Stadt	1 574 167,31 Euro	1 049 445,00 Euro	524 722,31 Euro
032570009009	Bückeburg, Stadt	731 672,03 Euro	487 781,00 Euro	243 891,03 Euro
034570024024	Bunde	285 244,21 Euro	190 163,00 Euro	95 081,21 Euro
032410003003	Burgdorf, Stadt	1 186 133,65 Euro	790 756,00 Euro	395 377,65 Euro
032410004004	Burgwedel, Stadt	773 364,01 Euro	515 576,00 Euro	257 788,01 Euro
034610003003	Butjadingen	227 230,81 Euro	151 487,00 Euro	75 743,81 Euro
033590010010	Buxtehude, Hansestadt	1 543 339,36 Euro	1 028 893,00 Euro	514 446,36 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
034530003003	Cappeln (Oldenburg)	344 970,99 Euro	229 981,00 Euro	114 989,99 Euro
03351	Celle, Landkreis	6 366 907,84 Euro	4 244 605,00 Euro	2 122 302,84 Euro
033510006006	Celle, Stadt	2 545 000,28 Euro	1 696 667,00 Euro	848 333,28 Euro
031530018018	Clausthal-Zellerfeld, Berg- und Univ.-st.	534 647,29 Euro	356 432,00 Euro	178 215,29 Euro
03453	Cloppenburg, Landkreis	6 541 272,75 Euro	4 360 849,00 Euro	2 180 423,75 Euro
034530004004	Cloppenburg, Stadt	1 381 406,95 Euro	920 938,00 Euro	460 468,95 Euro
032520004004	Coppenbrügge, Flecken	265 394,52 Euro	176 930,00 Euro	88 464,52 Euro
031580006006	Cremlingen	492 396,87 Euro	328 265,00 Euro	164 131,87 Euro
03352	Cuxhaven, Landkreis	7 335 869,60 Euro	4 890 580,00 Euro	2 445 289,60 Euro
033520011011	Cuxhaven, Stadt	1 896 585,29 Euro	1 264 390,00 Euro	632 195,29 Euro
033555403	Dahlenburg, Samtgemeinde	213 244,64 Euro	142 163,00 Euro	71 081,64 Euro
034600002002	Damme, Stadt	664 952,17 Euro	443 301,00 Euro	221 651,17 Euro
031550003003	Dassel, Stadt	352 395,59 Euro	234 930,00 Euro	117 465,59 Euro
032550008008	Delligsen, Flecken	280 687,92 Euro	187 125,00 Euro	93 562,92 Euro
034010000000	Delmenhorst, Stadt	6 081 379,78 Euro	4 054 253,00 Euro	2 027 126,78 Euro
032540011011	Diekholzen	229 274,16 Euro	152 849,00 Euro	76 425,16 Euro
03251	Diepholz, Landkreis	8 117 726,33 Euro	5 411 818,00 Euro	2 705 908,33 Euro
032510012012	Diepholz, Stadt	680 969,00 Euro	453 979,00 Euro	226 990,00 Euro
034600003003	Dinklage, Stadt	513 515,73 Euro	342 344,00 Euro	171 171,73 Euro
034590015015	Dissen am Teutoburger Wald, Stadt	396 029,39 Euro	264 020,00 Euro	132 009,39 Euro
034520027027	Dornum	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034545401	Dörpen, Samtgemeinde	657 781,41 Euro	438 521,00 Euro	219 260,41 Euro
033610003003	Dörverden	334 081,58 Euro	222 721,00 Euro	111 360,58 Euro
034580003003	Dötlingen	234 249,27 Euro	156 166,00 Euro	78 083,27 Euro
031595401	Dransfeld, Samtgemeinde	342 001,15 Euro	228 001,00 Euro	114 000,15 Euro
033590013013	Drochtersen	426 870,03 Euro	284 580,00 Euro	142 290,03 Euro
031590010010	Duderstadt, Stadt	779 240,23 Euro	519 493,00 Euro	259 747,23 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
031570001001	Edemissen	471 404,93 Euro	314 270,00 Euro	157 134,93 Euro
034510004004	Edewecht	858 004,44 Euro	572 003,00 Euro	286 001,44 Euro
032575401	Eilsen, Samtgemeinde	259 454,84 Euro	172 970,00 Euro	86 484,84 Euro
031550013013	Einbeck, Stadt	1 136 598,25 Euro	757 732,00 Euro	378 866,25 Euro
033535401	Elbmarsch, Samtgemeinde	492 092,28 Euro	328 062,00 Euro	164 030,28 Euro
033545406	Elbtalaue, Samtgemeinde	761 205,44 Euro	507 470,00 Euro	253 735,44 Euro
031585407	Elm-Asse, Samtgemeinde	668 810,43 Euro	445 874,00 Euro	222 936,43 Euro
034610004004	Elsfleth, Stadt	343 498,76 Euro	228 999,00 Euro	114 499,76 Euro
032540014014	Elze, Stadt	337 787,53 Euro	225 192,00 Euro	112 595,53 Euro
034020000000	Emden, Stadt	3 697 151,65 Euro	2 464 768,00 Euro	1 232 383,65 Euro
034565401	Emlichheim, Samtgemeinde	554 293,92 Euro	369 529,00 Euro	184 764,92 Euro
032520005005	Emmerthal	372 968,71 Euro	248 646,00 Euro	124 322,71 Euro
034540010010	Emsbüren	410 865,89 Euro	273 911,00 Euro	136 954,89 Euro
03454	Emsland, Landkreis	12 272 896,63 Euro	8 181 931,00 Euro	4 090 965,63 Euro
034530005005	Emstek	473 359,44 Euro	315 573,00 Euro	157 786,44 Euro
033510025025	Eschede	208 561,43 Euro	139 041,00 Euro	69 520,43 Euro
032555409	Eschershausen- Stadtoldendorf, Samtgemeinde	547 376,98 Euro	364 918,00 Euro	182 458,98 Euro
034625401	Esens, Samtgemeinde	530 167,14 Euro	353 445,00 Euro	176 722,14 Euro
034530006006	Essen (Oldenburg)	353 601,29 Euro	235 734,00 Euro	117 867,29 Euro
033510010010	Faßberg	230 695,62 Euro	153 797,00 Euro	76 898,62 Euro
033575402	Fintel, Samtgemeinde	297 225,11 Euro	198 150,00 Euro	99 075,11 Euro
033515402	Flotwedel, Samtgemeinde	429 129,14 Euro	286 086,00 Euro	143 043,14 Euro
032540042042	Freden (Leine)	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
033595402	Fredenbeck, Samtgemeinde	497 371,99 Euro	331 581,00 Euro	165 790,99 Euro
034545402	Freren, Samtgemeinde	391 739,62 Euro	261 160,00 Euro	130 579,62 Euro
034620005005	Friedeburg	392 196,52 Euro	261 464,00 Euro	130 732,52 Euro

Amtlicher Regionschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
031590013013	Friedland	308 901,40 Euro	205 934,00 Euro	102 967,40 Euro
03455	Friesland, Landkreis	3 700 154,00 Euro	2 466 769,00 Euro	1 233 385,00 Euro
034530007007	Friesoythe, Stadt	855 694,57 Euro	570 463,00 Euro	285 231,57 Euro
034595403	Fürstenau, Samtgemeinde	602 826,68 Euro	401 884,00 Euro	200 942,68 Euro
034580005005	Ganderkesee	1 187 758,18 Euro	791 839,00 Euro	395 919,18 Euro
032410005005	Garbsen, Stadt	2 273 475,71 Euro	1 515 650,00 Euro	757 825,71 Euro
034530008008	Garrel	566 338,27 Euro	377 559,00 Euro	188 779,27 Euro
033545403	Gartow, Samtgemeinde	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034540014014	Geeste	451 694,84 Euro	301 130,00 Euro	150 564,84 Euro
033575403	Geestequelle, Samtgemeinde	249 060,40 Euro	166 040,00 Euro	83 020,40 Euro
033520062062	Geestland, Stadt	1 181 374,29 Euro	787 583,00 Euro	393 791,29 Euro
032410006006	Gehrden, Stadt	584 157,30 Euro	389 438,00 Euro	194 719,30 Euro
033555404	Gellersen, Samtgemeinde	489 960,08 Euro	326 640,00 Euro	163 320,08 Euro
034590019019	Georgsmarienhütte, Stadt	1 199 497,93 Euro	799 665,00 Euro	399 832,93 Euro
031595402	Gieboldehausen, Samtgemeinde	505 253,49 Euro	336 836,00 Euro	168 417,49 Euro
032540017017	Giesen	357 078,80 Euro	238 053,00 Euro	119 025,80 Euro
03151	Gifhorn, Landkreis	6 471 989,17 Euro	4 314 659,00 Euro	2 157 330,17 Euro
031510009009	Gifhorn, Stadt	1 610 833,41 Euro	1 073 889,00 Euro	536 944,41 Euro
034590034034	Glandorf	248 425,82 Euro	165 617,00 Euro	82 808,82 Euro
031590015015	Gleichen	332 799,72 Euro	221 866,00 Euro	110 933,72 Euro
033570016016	Gnarrenburg	351 088,35 Euro	234 059,00 Euro	117 029,35 Euro
034600004004	Goldenstedt	394 303,33 Euro	262 869,00 Euro	131 434,33 Euro
03153	Goslar, Landkreis	4 706 819,60 Euro	3 137 880,00 Euro	1 568 939,60 Euro
031530017017	Goslar, Stadt	1 809 292,31 Euro	1 206 195,00 Euro	603 097,31 Euro
03159	Göttingen, Landkreis	12 085 066,06 Euro	8 056 711,00 Euro	4 028 355,06 Euro
031590016016	Göttingen, Stadt	4 793 422,72 Euro	3 195 615,00 Euro	1 597 807,72 Euro
03456	Grafschaft Bentheim, Landkreis	5 296 086,67 Euro	3 530 724,00 Euro	1 765 362,67 Euro
032565409	Grafschaft Hoya, Samtgemeinde	644 950,18 Euro	429 967,00 Euro	214 983,18 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
033560002002	Grasberg	293 658,76 Euro	195 773,00 Euro	97 885,76 Euro
031545401	Grasleben, Samtgemeinde	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034520006006	Großefehn	534 494,99 Euro	356 330,00 Euro	178 164,99 Euro
034580007007	Großenkneten	610 289,36 Euro	406 860,00 Euro	203 429,36 Euro
034520007007	Großheide	319 714,66 Euro	213 143,00 Euro	106 571,66 Euro
034525403	Hage, Samtgemeinde	430 119,08 Euro	286 746,00 Euro	143 373,08 Euro
034590020020	Hagen am Teutoburger Wald	503 362,44 Euro	335 575,00 Euro	167 787,44 Euro
033520060060	Hagen im Bremischen	408 327,57 Euro	272 218,00 Euro	136 109,57 Euro
033565401	Hambergen, Samtgemeinde	450 996,80 Euro	300 665,00 Euro	150 331,80 Euro
033510012012	Hambühren	388 160,58 Euro	258 774,00 Euro	129 386,58 Euro
032520006006	Hameln, Stadt	2 215 690,75 Euro	1 477 127,00 Euro	738 563,75 Euro
03252	Hameln-Pyrmont, Landkreis	5 549 376,33 Euro	3 699 584,00 Euro	1 849 792,33 Euro
031515403	Hankensbüttel, Samtgemeinde	335 515,73 Euro	223 677,00 Euro	111 838,73 Euro
031590017017	Hann. Münden, Stadt	896 383,91 Euro	597 589,00 Euro	298 794,91 Euro
032410001001	Hannover, Landeshauptstadt	19 711 384,16 Euro	13 140 923,00 Euro	6 570 461,16 Euro
03241	Hannover, Region	41 884 187,90 Euro	27 922 791,00 Euro	13 961 396,90 Euro
033535402	Hanstedt, Samtgemeinde	596 607,79 Euro	397 739,00 Euro	198 868,79 Euro
03353	Harburg, Landkreis	9 722 476,25 Euro	6 481 651,00 Euro	3 240 825,25 Euro
031550005005	Hardegsen, Stadt	279 342,61 Euro	186 228,00 Euro	93 114,61 Euro
034540018018	Haren (Ems), Stadt	927 503,77 Euro	618 336,00 Euro	309 167,77 Euro
034585401	Harpstedt, Samtgemeinde	413 696,12 Euro	275 797,00 Euro	137 899,12 Euro
033595403	Harsefeld, Samtgemeinde	874 300,48 Euro	582 867,00 Euro	291 433,48 Euro
032540020020	Harsum	419 838,87 Euro	279 893,00 Euro	139 945,87 Euro
034590021021	Hasbergen	416 716,73 Euro	277 811,00 Euro	138 905,73 Euro
034540019019	Haselünne, Stadt	510 723,58 Euro	340 482,00 Euro	170 241,58 Euro
034580009009	Hatten	540 206,22 Euro	360 137,00 Euro	180 069,22 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
031595403	Hattorf am Harz, Samtgemeinde	273 390,24 Euro	182 260,00 Euro	91 130,24 Euro
032565402	Heemsen, Samtgemeinde	242 448,06 Euro	161 632,00 Euro	80 816,06 Euro
031545402	Heeseberg, Samtgemeinde	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
03358	Heidekreis, Landkreis	5 261 137,45 Euro	3 507 425,00 Euro	1 753 712,45 Euro
03154	Helmstedt, Landkreis	3 346 124,00 Euro	2 230 749,00 Euro	1 115 375,00 Euro
031540028028	Helmstedt, Stadt	960 501,98 Euro	640 335,00 Euro	320 166,98 Euro
032410007007	Hemmingen, Stadt	720 186,11 Euro	480 124,00 Euro	240 062,11 Euro
033525407	Hemmoor, Samtgemeinde	531 855,13 Euro	354 570,00 Euro	177 285,13 Euro
031590019019	Herzberg am Harz, Stadt	492 447,64 Euro	328 298,00 Euro	164 149,64 Euro
034545403	Herzlake, Samtgemeinde	398 605,79 Euro	265 737,00 Euro	132 868,79 Euro
034575402	Hesel, Samtgemeinde	422 745,25 Euro	281 830,00 Euro	140 915,25 Euro
032520007007	Hessisch Oldendorf, Stadt	705 717,66 Euro	470 478,00 Euro	235 239,66 Euro
03254	Hildesheim, Landkreis	9 875 123,94 Euro	6 583 416,00 Euro	3 291 707,94 Euro
032540021021	Hildesheim, Stadt	3 727 872,18 Euro	2 485 248,00 Euro	1 242 624,18 Euro
034590022022	Hilter am Teutoburger Wald	385 647,64 Euro	257 098,00 Euro	128 549,64 Euro
034520011011	Hinte	274 824,39 Euro	183 216,00 Euro	91 608,39 Euro
031570002002	Hohenhameln	355 987,32 Euro	237 325,00 Euro	118 662,32 Euro
034600005005	Holdorf	287 833,30 Euro	191 889,00 Euro	95 944,30 Euro
032540022022	Holle	254 187,81 Euro	169 459,00 Euro	84 728,81 Euro
033535403	Hollenstedt, Samtgemeinde	463 764,57 Euro	309 176,00 Euro	154 588,57 Euro
034625402	Holtriem, Samtgemeinde	366 191,38 Euro	244 128,00 Euro	122 063,38 Euro
03255	Holzminden, Landkreis	2 436 275,87 Euro	1 624 184,00 Euro	812 091,87 Euro
032550023023	Holzminden, Stadt	720 262,26 Euro	480 175,00 Euro	240 087,26 Euro

Amtlicher Regionschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
033595405	Horneburg, Samtgemeinde	521 904,90 Euro	347 937,00 Euro	173 967,90 Euro
034580010010	Hude (Oldenburg)	608 652,14 Euro	405 768,00 Euro	202 884,14 Euro
034520012012	Ihlow	472 610,64 Euro	315 074,00 Euro	157 536,64 Euro
033555405	Ilmenau, Samtgemeinde	399 684,57 Euro	266 456,00 Euro	133 228,57 Euro
031570009009	Ilsede	822 137,92 Euro	548 092,00 Euro	274 045,92 Euro
031515404	Isenbüttel, Samtgemeinde	583 078,52 Euro	388 719,00 Euro	194 359,52 Euro
032410008008	Isernhagen	922 020,99 Euro	614 681,00 Euro	307 339,99 Euro
034610005005	Jade	224 108,67 Euro	149 406,00 Euro	74 702,67 Euro
034570012012	Jemgum	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
033535404	Jesteburg, Samtgemeinde	416 158,30 Euro	277 439,00 Euro	138 719,30 Euro
034550007007	Jever, Stadt	561 870,82 Euro	374 581,00 Euro	187 289,82 Euro
033590028028	Jork	447 062,40 Euro	298 042,00 Euro	149 020,40 Euro
034520013013	Juist, Inselgemeinde	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034575403	Jümme, Samtgemeinde	260 254,41 Euro	173 503,00 Euro	86 751,41 Euro
031550006006	Kalefeld	219 755,44 Euro	146 504,00 Euro	73 251,44 Euro
031550007007	Katlenburg-Lindau	257 627,24 Euro	171 751,00 Euro	85 876,24 Euro
032515404	Kirchdorf, Samtgemeinde	274 113,66 Euro	182 742,00 Euro	91 371,66 Euro
033610005005	Kirchlinteln	385 482,65 Euro	256 988,00 Euro	128 494,65 Euro
031540013013	Königslutter am Elm, Stadt	587 330,21 Euro	391 553,00 Euro	195 777,21 Euro
034520014014	Krummhörn	434 776,91 Euro	289 851,00 Euro	144 925,91 Euro
032410009009	Laatzen, Stadt	1 598 750,98 Euro	1 065 834,00 Euro	532 916,98 Euro
033515403	Lachendorf, Samtgemeinde	471 811,06 Euro	314 541,00 Euro	157 270,06 Euro
032540044044	Lamspringe	208 167,99 Euro	138 779,00 Euro	69 388,99 Euro
033525411	Land Hadeln, Samtgemeinde	1 012 753,39 Euro	675 169,00 Euro	337 584,39 Euro
031530019019	Langelsheim, Stadt	561 731,21 Euro	374 487,00 Euro	187 244,21 Euro
032410010010	Langenhagen, Stadt	2 057 680,05 Euro	1 371 787,00 Euro	685 893,05 Euro
034620007007	Langeoog	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
033610006006	Langwedel, Flecken	550 752,95 Euro	367 169,00 Euro	183 583,95 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
034530009009	Lastrup	288 810,56 Euro	192 540,00 Euro	96 270,56 Euro
034545404	Lathen, Samtgemeinde	454 969,28 Euro	303 313,00 Euro	151 656,28 Euro
034570013013	Leer (Ostfriesland), Stadt	1 295 091,23 Euro	863 394,00 Euro	431 697,23 Euro
03457	Leer, Landkreis	6 232 595,58 Euro	4 155 064,00 Euro	2 077 531,58 Euro
031540014014	Lehre	457 291,85 Euro	304 861,00 Euro	152 430,85 Euro
032410011011	Lehrte, Stadt	1 668 567,60 Euro	1 112 378,00 Euro	556 189,60 Euro
032545406	Leinebergland, Samtgemeinde	673 874,38 Euro	449 250,00 Euro	224 624,38 Euro
034610006006	Lemwerder	264 315,73 Euro	176 210,00 Euro	88 105,73 Euro
031570005005	Lengede	544 749,82 Euro	363 167,00 Euro	181 582,82 Euro
034545405	Lengerich, Samtgemeinde	358 246,43 Euro	238 831,00 Euro	119 415,43 Euro
031530008008	Liebenburg	301 819,47 Euro	201 213,00 Euro	100 606,47 Euro
033560005005	Lilienthal	763 413,78 Euro	508 943,00 Euro	254 470,78 Euro
034530010010	Lindern (Oldenburg)	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
032575402	Lindhorst, Samtgemeinde	290 003,57 Euro	193 336,00 Euro	96 667,57 Euro
034540032032	Lingen (Ems), Stadt	2 122 242,33 Euro	1 414 828,00 Euro	707 414,33 Euro
034600006006	Lohne (Oldenburg), Stadt	1 070 335,28 Euro	713 557,00 Euro	356 778,28 Euro
034530011011	Löningen, Stadt	545 333,63 Euro	363 556,00 Euro	181 777,63 Euro
033520032032	Loxstedt	610 340,12 Euro	406 893,00 Euro	203 447,12 Euro
033545407	Lüchow (Wendland), Samtgemeinde	887 499,77 Euro	591 667,00 Euro	295 832,77 Euro
03354	Lüchow-Dannen- berg, Landkreis	1 724 342,18 Euro	1 149 561,00 Euro	574 781,18 Euro
033595406	Luehe, Samtgemeinde	375 748,17 Euro	250 499,00 Euro	125 249,17 Euro
033550022022	Lüneburg, Hansestadt	2 808 770,27 Euro	1 872 514,00 Euro	936 256,27 Euro
03355	Lüneburg, Landkreis	6 572 864,79 Euro	4 381 910,00 Euro	2 190 954,79 Euro
031515405	Meinersen, Samtgemeinde	758 311,75 Euro	505 541,00 Euro	252 770,75 Euro
034590024024	Melle, Stadt	1 765 950,42 Euro	1 177 300,00 Euro	588 650,42 Euro
034540035035	Meppen, Stadt	1 397 893,37 Euro	931 929,00 Euro	465 964,37 Euro

Amtlicher Regionschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
032565410	Mittelweser, Samtgemeinde	590 414,27 Euro	393 610,00 Euro	196 804,27 Euro
034530012012	Molbergen	353 004,79 Euro	235 337,00 Euro	117 667,79 Euro
034570014014	Moormerland	890 431,54 Euro	593 621,00 Euro	296 810,54 Euro
031550009009	Moringen, Stadt	252 398,29 Euro	168 266,00 Euro	84 132,29 Euro
033580016016	Münster, Stadt	574 752,81 Euro	383 169,00 Euro	191 583,81 Euro
032575403	Nenndorf, Samtgemeinde	679 065,26 Euro	452 710,00 Euro	226 355,26 Euro
033530026026	Neu Wulmstorf	874 858,92 Euro	583 239,00 Euro	291 619,92 Euro
034565402	Neuenhaus, Samtgemeinde	564 688,36 Euro	376 459,00 Euro	188 229,36 Euro
033580017017	Neuenkirchen	208 561,43 Euro	139 041,00 Euro	69 520,43 Euro
034595404	Neuenkirchen, Samtgemeinde	386 180,69 Euro	257 454,00 Euro	128 726,69 Euro
034600007007	Neuenkirchen-Vör- den	338 015,98 Euro	225 344,00 Euro	112 671,98 Euro
032410012012	Neustadt am Rübenberge, Stadt	1 693 836,62 Euro	1 129 224,00 Euro	564 612,62 Euro
032575404	Niedernwöhren, Samtgemeinde	291 412,34 Euro	194 275,00 Euro	97 137,34 Euro
03256	Nienburg (Weser), Landkreis	4 477 350,02 Euro	2 984 900,00 Euro	1 492 450,02 Euro
032560022022	Nienburg (Weser), Stadt	1 234 006,45 Euro	822 671,00 Euro	411 335,45 Euro
032575405	Nienstädt, Samtgemeinde	379 390,67 Euro	252 927,00 Euro	126 463,67 Euro
031545403	Nord-Elm, Samtgemeinde	216 582,54 Euro	144 388,00 Euro	72 194,54 Euro
034520019019	Norden, Stadt	952 112,82 Euro	634 742,00 Euro	317 370,82 Euro
034610007007	Nordenham, Stadt	991 317,24 Euro	660 878,00 Euro	330 439,24 Euro
034520020020	Norderney, Stadt	205 756,58 Euro	137 171,00 Euro	68 585,58 Euro
034560015015	Nordhorn, Stadt	2 147 777,88 Euro	1 431 852,00 Euro	715 925,88 Euro
034545406	Nordhümmling, Samtgemeinde	466 226,75 Euro	310 818,00 Euro	155 408,75 Euro
033595407	Nordkehdingen, Samtgemeinde	267 539,40 Euro	178 360,00 Euro	89 179,40 Euro
032540026026	Nordstemmen	455 058,12 Euro	303 372,00 Euro	151 686,12 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
031550010010	Nörten-Hardenberg, Flecken	291 755,02 Euro	194 503,00 Euro	97 252,02 Euro
03155	Northeim, Landkreis	4 655 908,35 Euro	3 103 939,00 Euro	1 551 969,35 Euro
031550011011	Northeim, Stadt	1 042 921,38 Euro	695 281,00 Euro	347 640,38 Euro
032570028028	Obernkirchen, Stadt	339 577,05 Euro	226 385,00 Euro	113 192,05 Euro
031585403	Oderwald, Samtgemeinde	254 822,39 Euro	169 882,00 Euro	84 940,39 Euro
034030000000	Oldenburg (Oldb), Stadt	13 099 823,11 Euro	8 733 215,00 Euro	4 366 608,11 Euro
03458	Oldenburg, Landkreis	4 860 942,99 Euro	3 240 629,00 Euro	1 620 313,99 Euro
033595409	Oldendorf-Himmel- pforten, Samtgemeinde	701 567,50 Euro	467 712,00 Euro	233 855,50 Euro
03459	Osnabrück, Land- kreis	13 131 194,04 Euro	8 754 129,00 Euro	4 377 065,04 Euro
034040000000	Osnabrück, Stadt	12 369 318,86 Euro	8 246 213,00 Euro	4 123 105,86 Euro
034590029029	Ostercappeln	376 522,36 Euro	251 015,00 Euro	125 507,36 Euro
03356	Osterholz, Landkreis	4 187 303,42 Euro	2 791 536,00 Euro	1 395 767,42 Euro
033560007007	Osterholz-Scharm- beck, Stadt	1 136 674,40 Euro	757 783,00 Euro	378 891,40 Euro
031590026026	Osterode am Harz, Stadt	826 783,05 Euro	551 189,00 Euro	275 594,05 Euro
033555406	Ostheide, Samtgemeinde	392 183,82 Euro	261 456,00 Euro	130 727,82 Euro
034570017017	Ostrhauderfehn	443 178,76 Euro	295 453,00 Euro	147 725,76 Euro
033610008008	Ottersberg, Flecken	500 824,11 Euro	333 883,00 Euro	166 941,11 Euro
034610008008	Ovelgönne	205 198,15 Euro	136 799,00 Euro	68 399,15 Euro
033610009009	Oyten	619 478,09 Euro	412 985,00 Euro	206 493,09 Euro
034540041041	Papenburg, Stadt	1 418 529,95 Euro	945 687,00 Euro	472 842,95 Euro
031515406	Papenteich, Samtgemeinde	922 325,58 Euro	614 884,00 Euro	307 441,58 Euro
032410013013	Pattensen, Stadt	559 586,32 Euro	373 058,00 Euro	186 528,32 Euro
03157	Peine, Landkreis	5 041 481,19 Euro	3 360 987,00 Euro	1 680 494,19 Euro
031570006006	Peine, Stadt	1 927 121,33 Euro	1 284 748,00 Euro	642 373,33 Euro
031595404	Radolfshausen, Samtgemeinde	276 778,90 Euro	184 519,00 Euro	92 259,90 Euro
034510005005	Rastede	864 388,33 Euro	576 259,00 Euro	288 129,33 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
032560025025	Rehburg-Loccum, Stadt	376 509,67 Euro	251 006,00 Euro	125 503,67 Euro
032515405	Rehden, Samtgemeinde	234 477,72 Euro	156 318,00 Euro	78 159,72 Euro
033585402	Rethem/Aller, Samtgemeinde	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034570018018	Rhauderfehn	690 741,55 Euro	460 494,00 Euro	230 247,55 Euro
034540044044	Rhede (Ems)	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
032570031031	Rinteln, Stadt	976 747,26 Euro	651 165,00 Euro	325 582,26 Euro
033560008008	Ritterhude	562 467,32 Euro	374 978,00 Euro	187 489,32 Euro
032575406	Rodenberg, Samtgemeinde	591 315,38 Euro	394 210,00 Euro	197 105,38 Euro
032410014014	Ronnenberg, Stadt	905 433,03 Euro	603 622,00 Euro	301 811,03 Euro
033605404	Rosche, Samtgemeinde	246 547,46 Euro	164 365,00 Euro	82 182,46 Euro
031590029029	Rosdorf	460 375,91 Euro	306 917,00 Euro	153 458,91 Euro
033530029029	Rosengarten	535 129,57 Euro	356 753,00 Euro	178 376,57 Euro
03357	Rotenburg (Wümme), Landkreis	6 082 690,21 Euro	4 055 127,00 Euro	2 027 563,21 Euro
033570039039	Rotenburg (Wümme), Stadt	871 521,02 Euro	581 014,00 Euro	290 507,02 Euro
032575407	Sachsenhagen, Samtgemeinde	350 047,64 Euro	233 365,00 Euro	116 682,64 Euro
034540045045	Salzbergen	301 286,42 Euro	200 858,00 Euro	100 428,42 Euro
031020000000	Salzgitter, Stadt	7 850 502,99 Euro	5 233 669,00 Euro	2 616 833,99 Euro
033535405	Salzhausen, Samtgemeinde	555 613,85 Euro	370 409,00 Euro	185 204,85 Euro
032520008008	Salzhemmendorf, Flecken	350 339,55 Euro	233 560,00 Euro	116 779,55 Euro
034550014014	Sande	329 055,69 Euro	219 370,00 Euro	109 685,69 Euro
032540028028	Sarstedt, Stadt	731 215,13 Euro	487 477,00 Euro	243 738,13 Euro
031510025025	Sassenburg	457 926,43 Euro	305 284,00 Euro	152 642,43 Euro
034530013013	Saterland	547 161,23 Euro	364 774,00 Euro	182 387,23 Euro
033555407	Scharnebeck, Samtgemeinde	577 506,89 Euro	385 005,00 Euro	192 501,89 Euro
03257	Schaumburg, Landkreis	5 785 880,03 Euro	3 857 253,00 Euro	1 928 627,03 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
033570041041	Scheeßel	483 322,36 Euro	322 215,00 Euro	161 107,36 Euro
032540029029	Schellerten	283 911,59 Euro	189 274,00 Euro	94 637,59 Euro
033520050050	Schiffdorf	552 225,18 Euro	368 150,00 Euro	184 075,18 Euro
031580039039	Schladen-Werla	329 829,88 Euro	219 887,00 Euro	109 942,88 Euro
033580019019	Schneverdingen, Stadt	720 173,42 Euro	480 116,00 Euro	240 057,42 Euro
031540019019	Schöningen, Stadt	425 740,47 Euro	283 827,00 Euro	141 913,47 Euro
034550015015	Schortens, Stadt	793 911,75 Euro	529 275,00 Euro	264 636,75 Euro
034565403	Schüttorf, Samtgemeinde	635 532,99 Euro	423 689,00 Euro	211 843,99 Euro
032515406	Schwaförden, Samtgemeinde	257 195,73 Euro	171 464,00 Euro	85 731,73 Euro
033560009009	Schwanewede	761 548,11 Euro	507 699,00 Euro	253 849,11 Euro
033585403	Schwarmstedt, Samtgemeinde	498 222,33 Euro	332 148,00 Euro	166 074,33 Euro
032410015015	Seelze, Stadt	1 310 359,25 Euro	873 573,00 Euro	436 786,25 Euro
031530012012	Seesen, Stadt	712 050,78 Euro	474 701,00 Euro	237 349,78 Euro
033530031031	Seevetal	1 666 105,42 Euro	1 110 737,00 Euro	555 368,42 Euro
032410016016	Sehnde, Stadt	891 383,41 Euro	594 256,00 Euro	297 127,41 Euro
033575404	Selsingen, Samtgemeinde	350 821,83 Euro	233 881,00 Euro	116 940,83 Euro
032540045045	Sibbesse	206 061,18 Euro	137 374,00 Euro	68 687,18 Euro
031585406	Sickte, Samtgemeinde	390 000,87 Euro	260 001,00 Euro	129 999,87 Euro
032515407	Siedenburg, Samtgemeinde	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
033575405	Sittensen, Samtgemeinde	441 744,61 Euro	294 496,00 Euro	147 248,61 Euro
034545407	Sögel, Samtgemeinde	643 147,97 Euro	428 765,00 Euro	214 382,97 Euro
032540032032	Söhlde	286 361,08 Euro	190 907,00 Euro	95 454,08 Euro
033580021021	Soltau, Stadt	849 577,20 Euro	566 385,00 Euro	283 192,20 Euro
033575406	Sottrum, Samtgemeinde	555 321,94 Euro	370 215,00 Euro	185 106,94 Euro
034545408	Spelle, Samtgemeinde	546 742,40 Euro	364 495,00 Euro	182 247,40 Euro
034620014014	Spiekeroog	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
032410017017	Springe, Stadt	1 088 078,17 Euro	725 385,00 Euro	362 693,17 Euro
033590038038	Stade, Hansestadt	1 839 346,07 Euro	1 226 231,00 Euro	613 115,07 Euro
03359	Stade, Landkreis	7 620 997,24 Euro	5 080 665,00 Euro	2 540 332,24 Euro
034610009009	Stadland	290 688,92 Euro	193 793,00 Euro	96 895,92 Euro
032570035035	Stadthagen, Stadt	851 849,00 Euro	567 899,00 Euro	283 950,00 Euro
031590034034	Staufenberg	287 998,30 Euro	191 999,00 Euro	95 999,30 Euro
032565407	Steimbke, Samtgemeinde	280 561,01 Euro	187 041,00 Euro	93 520,01 Euro
034600008008	Steinfeld (Oldenburg)	388 325,57 Euro	258 884,00 Euro	129 441,57 Euro
033530032032	Stelle	447 430,46 Euro	298 287,00 Euro	149 143,46 Euro
032560030030	Steyerberg, Flecken	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
032510037037	Stuhr	1 279 924,74 Euro	853 283,00 Euro	426 641,74 Euro
034520023023	Südbrookmerland	699 016,49 Euro	466 011,00 Euro	233 005,49 Euro
033605405	Suderburg, Samtgemeinde	251 192,59 Euro	167 462,00 Euro	83 730,59 Euro
033510026026	Südheide	422 897,55 Euro	281 932,00 Euro	140 965,55 Euro
032510040040	Sulingen, Stadt	502 778,62 Euro	335 186,00 Euro	167 592,62 Euro
032510041041	Syke, Stadt	952 201,66 Euro	634 801,00 Euro	317 400,66 Euro
033575407	Tarmstedt, Samtgemeinde	416 704,04 Euro	277 803,00 Euro	138 901,04 Euro
033615401	Thedinghausen, Samtgemeinde	587 622,12 Euro	391 748,00 Euro	195 874,12 Euro
033535406	Tostedt, Samtgemeinde	1 018 921,52 Euro	679 281,00 Euro	339 640,52 Euro
034540054054	Twist	372 549,88 Euro	248 367,00 Euro	124 182,88 Euro
032510042042	Twistringen, Stadt	491 749,60 Euro	327 833,00 Euro	163 916,60 Euro
032565408	Uchte, Samtgemeinde	518 960,44 Euro	345 974,00 Euro	172 986,44 Euro
034565404	Uelsen, Samtgemeinde	440 031,24 Euro	293 354,00 Euro	146 677,24 Euro
033600025025	Uelzen, Hansestadt	1 250 150,19 Euro	833 433,00 Euro	416 717,19 Euro
03360	Uelzen, Landkreis	3 364 545,51 Euro	2 243 030,00 Euro	1 121 515,51 Euro
032410018018	Uetze	765 292,14 Euro	510 195,00 Euro	255 097,14 Euro
034570020020	Uplengen	455 426,18 Euro	303 617,00 Euro	151 809,18 Euro
031550012012	Uslar, Stadt	517 082,08 Euro	344 721,00 Euro	172 361,08 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
034550026026	Varel, Stadt	940 157,31 Euro	626 772,00 Euro	313 385,31 Euro
031570007007	Vechelde	692 962,58 Euro	461 975,00 Euro	230 987,58 Euro
03460	Vechta, Landkreis	5 386 435,71 Euro	3 590 957,00 Euro	1 795 478,71 Euro
034600009009	Vechta, Stadt	1 271 979,78 Euro	847 987,00 Euro	423 992,78 Euro
031545404	Velpke, Samtgemeinde	498 108,10 Euro	332 072,00 Euro	166 036,10 Euro
033610012012	Verden (Aller), Stadt	1 034 329,15 Euro	689 553,00 Euro	344 776,15 Euro
03361	Verden, Landkreis	5 086 083,88 Euro	3 390 723,00 Euro	1 695 360,88 Euro
034600010010	Visbek	371 471,10 Euro	247 647,00 Euro	123 824,10 Euro
033570051051	Visselhövede, Stadt	360 746,68 Euro	240 498,00 Euro	120 248,68 Euro
032510044044	Wagenfeld	269 658,90 Euro	179 773,00 Euro	89 885,90 Euro
031590036036	Walkenried	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034590033033	Wallenhorst	865 010,22 Euro	576 673,00 Euro	288 337,22 Euro
033580024024	Walsrode, Stadt	1 184 318,75 Euro	789 546,00 Euro	394 772,75 Euro
034550020020	Wangerland	346 214,77 Euro	230 810,00 Euro	115 404,77 Euro
034550021021	Wangerooge, Nordseebad	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034580013013	Wardenburg	622 777,91 Euro	415 185,00 Euro	207 592,91 Euro
033515404	Wathlingen, Samtgemeinde	589 931,99 Euro	393 288,00 Euro	196 643,99 Euro
032410019019	Wedemark	1 125 442,31 Euro	750 295,00 Euro	375 147,31 Euro
034570021021	Weener, Stadt	584 969,57 Euro	389 980,00 Euro	194 989,57 Euro
031570008008	Wendeburg	388 731,70 Euro	259 154,00 Euro	129 577,70 Euro
032410020020	Wennigsen (Deister)	540 295,06 Euro	360 197,00 Euro	180 098,06 Euro
034545409	Werlte, Samtgemeinde	667 693,56 Euro	445 129,00 Euro	222 564,56 Euro
031515407	Wesendorf, Samtgemeinde	566 744,40 Euro	377 830,00 Euro	188 914,40 Euro
032565411	Weser-Aue, Samtgemeinde	536 335,27 Euro	357 557,00 Euro	178 778,27 Euro
03461	Wesermarsch, Landkreis	3 285 276,44 Euro	2 190 184,00 Euro	1 095 092,44 Euro
034510007007	Westerstede, Stadt	909 989,33 Euro	606 660,00 Euro	303 329,33 Euro
034570022022	Westoverledingen	800 689,07 Euro	533 793,00 Euro	266 896,07 Euro
032510047047	Weyhe	1 172 731,29 Euro	781 821,00 Euro	390 910,29 Euro
034510008008	Wiefelstede	621 318,38 Euro	414 212,00 Euro	207 106,38 Euro

Amtlicher Regionalschlüssel	Kommune	Gesamtbudget nach § 2 Satz 1	Vorauszahlung 2025 nach § 4 Abs. 1 Satz 1	Restbudget ab 2026 nach § 4 Abs. 2 Satz 1
1	2	3	4	5
034520025025	Wiesmoor, Stadt	528 910,67 Euro	352 607,00 Euro	176 303,67 Euro
034560025025	Wietmarschen	492 219,19 Euro	328 146,00 Euro	164 073,19 Euro
033510023023	Wietze	281 982,47 Euro	187 988,00 Euro	93 994,47 Euro
033580023023	Wietzendorf	200 000,00 Euro	133 333,00 Euro	66 667,00 Euro
034580014014	Wildeshausen, Stadt	799 140,70 Euro	532 760,00 Euro	266 380,70 Euro
034050000000	Wilhelmshaven, Stadt	5 675 133,15 Euro	3 783 422,00 Euro	1 891 711,15 Euro
033510024024	Winsen (Aller)	482 637,02 Euro	321 758,00 Euro	160 879,02 Euro
033530040040	Winsen (Luhe), Stadt	1 393 299,00 Euro	928 866,00 Euro	464 433,00 Euro
031510040040	Wittingen, Stadt	426 375,06 Euro	284 250,00 Euro	142 125,06 Euro
03462	Wittmund, Landkreis	2 064 672,87 Euro	1 376 449,00 Euro	688 223,87 Euro
034620019019	Wittmund, Stadt	763 883,37 Euro	509 256,00 Euro	254 627,37 Euro
03158	Wolfenbüttel, Landkreis	4 362 541,44 Euro	2 908 361,00 Euro	1 454 180,44 Euro
031580037037	Wolfenbüttel, Stadt	1 988 713,77 Euro	1 325 809,00 Euro	662 904,77 Euro
031030000000	Wolfsburg, Stadt	9 622 150,09 Euro	6 414 767,00 Euro	3 207 383,09 Euro
033560011011	Worpswede	352 776,34 Euro	235 184,00 Euro	117 592,34 Euro
032410021021	Wunstorf, Stadt	1 563 557,12 Euro	1 042 371,00 Euro	521 186,12 Euro
033520061061	Wurster Nordsee- küste	636 573,71 Euro	424 382,00 Euro	212 191,71 Euro
034550027027	Zetel	464 449,92 Euro	309 633,00 Euro	154 816,92 Euro
033575408	Zeven, Samtgemeinde	878 818,70 Euro	585 879,00 Euro	292 939,70 Euro